



Kurzprotokoll der 27. Sitzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, den 25. Januar 2023, 10:30 Uhr

JKH, Jakob-Kaiser-Haus

1.302

Vorsitz: Dr. Christoph Hoffmann, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 3

Öffentliche Anhörung zum Thema:
„Der globale Schutz der Biodiversität –
Auswirkungen des neuen CBD-Rahmenwerks auf
das deutsche Regierungshandeln“



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Abdi, Sanae Diaby, Dr. Karamba Gava, Manuel Leiser, Kevin Schamber, Rebecca Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Hagedorn, Bettina Heinrich, Gabriela Klose, Annika Lugk, Bettina Rudolph, Tina Scheer, Dr. Nina Stamm-Fibich, Martina
CDU/CSU	Kippels, Dr. Georg Klein, Volkmar Rachel, Thomas Stefinger, Dr. Wolfgang Ziemiak, Paul Zippelius, Nicolas	Gröhe, Hermann Grübel, Markus Hierl, Susanne Leikert, Dr. Katja Rüddel, Erwin Weiss (Wesel I), Sabine
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Düring, Deborah Gesenhues, Dr. Jan-Niclas Henneberger, Kathrin Menge, Susanne	Schauws, Ulle Schulz-Asche, Kordula Uhlig, Katrin Wagner, Johannes
FDP	Gerschau, Knut Hoffmann, Dr. Christoph Mansmann, Till	Beeck, Jens Boginski, Friedhelm Lambsdorff, Alexander Graf
AfD	Friedhoff, Dietmar Frohnmaier, Markus Naujok, Edgar	Kaufmann, Dr. Malte Keuter, Stefan Weyel, Dr. Harald
DIE LINKE.	Möhring, Cornelia	Domscheit-Berg, Anke



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema: „Der globale Schutz der Biodiversität – Auswirkungen des neuen CBD-Rahmenwerks auf das deutsche Regierungshandeln“

Der **Vorsitzende** (Abg. Dr. Christoph Hoffmann, Stellvertretender Vorsitzender): Meine Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zu unserer Öffentlichen Anhörung (ÖA) im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) begrüßen. Es geht heute um das Thema „Der globale Schutz der Biodiversität - Auswirkungen des neuen CBD-Rahmenwerks auf das deutsche Regierungshandeln“. Das Überkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) hat ein neues Rahmenwerk. Sie wissen alle, dass die VN (Vereinten Nationen) eine Biodiversitätskonferenz in Montreal hatte. Ursprünglich war die Konferenz in China geplant, aber wegen Corona ist sie nach Montreal verlegt worden, und deshalb sprechen wir jetzt vom Montreal-Abkommen. Ich darf auch herzlich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz begrüßen, die an dieser ÖA teilnehmen können. Sofern unsere Sachverständigen (SV) bereits präsent sind, das sind sie, darf ich Sie ebenfalls herzlich begrüßen. Links von mir Prof. Jörg Rocholl, Präsident bei der Europäischen Schule für Management und Technologie Berlin (ESMT Berlin) und dort Professor für Sustainable Finance. Neben ihm sitzt Frau Magdalene Trapp, Expertein beim Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) für internationale Biodiversitätspolitik. Und schließlich sitzt dort noch Dr. Christof Schenck, Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF). Wir haben später per Zoom noch weitere Teilnehmer für den zweiten Block zugeschaltet, die ich dann vorstelle. Die Beiträge unserer fremdsprachigen SV werden über Zoom simultan verdolmetscht. Die Lebensläufe aller SV liegen Ihnen vor, und insofern möchte ich aus Zeitgründen darauf verzichten, sie vorzulesen. Ich möchte allerdings nicht versäumen, mich bei allen SV zu bedanken für die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen; das gilt ebenso für die Sachstände und Stellungnahmen vom Bundeskanzleramt, Bundesministerium für wirtschaftli-

che Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), die wir allen Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben und auf der Homepage des Deutschen Bundestages veröffentlicht haben. Unaufgefordert eingegangene Stellungnahmen und Position haben wir als Ausschussdrucksache an die AwZ-Mitglieder verteilt. Nicht zuletzt möchte ich alle Zuschauerinnen und Zuschauer unseres Parlamentsfernsehens ganz herzlich willkommen heißen. Ich wünsche Ihnen allen eine hoffentlich Ihre Erwartungen erfüllende Anhörung zur Sache Biodiversität.

Noch einige kurze Anmerkungen zum Verfahren: Wir haben insgesamt 5 SV, 2 SV für Themenblock 1 und 3 SV für Themenblock 2. Wir haben insgesamt 150 Minuten Zeit für diese Anhörung, aufgeteilt in 2 thematische Blöcke mit jeweils 75 Minuten. Block 1 hat das Thema: „Was bedeuten die Beschlüsse aus Montreal für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ)?“ Block 2 lautet: „Wie kann die Umsetzung des globalen Schutzziels unter Einbindung der Regierung und direkt Betroffenen sowie weiterer Stakeholder im Globalen Süden gelingen?“ Zu jedem Themenblock gibt es jeweils ein 5-minütiges Eingangsstatement unserer SV, danach folgt die erste Fragerunde mit 3 Minuten Redezeit pro Fraktion. Für die Beantwortung der Fragen haben die SV 7 Minuten Redezeit zur Verfügung. Im Anschluss folgt eine zweite Fragerunde mit 2 Minuten Redezeit pro Fraktion. Der Rest der Zeit wird auf die SV gleichmäßig zur Beantwortung der Fragen aufgeteilt. Das Rederecht haben Sie innerhalb Ihrer Fraktionen schon abgeklärt. Ich bitte alle Fragesteller, sich auf möglichst klare, präzise Fragen zu konzentrieren und auch klar zu dokumentieren, an wen diese Fragen gerichtet sind. Bei 6 Fraktionen ist es für die SV schwierig, wenn Sie jeweils 10 Fragen stellen, denn das wären 60 Fragen insgesamt, die man unmöglich in 7 Minuten beantworten kann. Deshalb, wenn Sie sich auf die wichtigsten Fragen konzentrieren, macht das Sinn, und wir haben alle etwas davon. Die Redner bitte ich darum, bei Redebeginn das Mikrofon einzuschalten und nach Redende wieder auszuschalten. Ich glaube, alles Formalistische ist geklärt, und wir können einsteigen in die ÖA mit dem Themenblock 1 „Was bedeuten die Be-



schlüsse aus Montreal für die deutsche EZ?“ Wir beginnen in alphabetischer Reihenfolge mit Herrn Prof. Jörg Rocholl. Herr Rocholl, Sie haben das Wort.

Prof. Jörg Rocholl (Präsident ESMT Berlin und Professor für Sustainable Finance): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank für die Einladung. Dieses Thema ist von zentraler Bedeutung. Die Naturwissenschaften beschreiben den Verlust der Biodiversität als eine der beiden zentralen planetaren Grenzen neben dem Klimawandel, und daher ist es nur folgerichtig, dass sich jetzt auch die COP 15 intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Wenn man sich die öffentliche und die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf dieses Thema genauer anschaut, stellt man fest, dass im Vergleich zum Klimawandel die Anzahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu Biodiversität nur einen Bruchteil beträgt. Das hängt von den Statistiken ab, aber es sind nicht mehr als 10 % im Vergleich zum Klimawandel. Gleichzeitig ist es so, dass der Klimawandel durch Dürren, Überschwemmungen und andere Phänomene viel deutlicher in der öffentlichen Diskussion ist als der Verlust der Biodiversität. Das hat verschiedene Gründe. Ein entscheidender Grund, den ich von zentraler Bedeutung halte, ist die Frage, wie man diesen Klimawandel und den Biodiversitätsverlust messen kann. Die Messbarkeit ist eine zentrale Voraussetzung für das, was von ökonomischer Seite für die Behandlung des Themas von Relevanz ist. Wenn man es vereinfacht ausdrückt, kann man sagen, dass beim Klimawandel 2 Faktoren ausreichend sind, um den Wandel festzustellen. Das ist zum einen der Ausstoß von CO₂ oder breiter gesprochen von Treibhausgasen und zum anderen der globale Temperaturanstieg. Eine solche einfache Verbindung und Messung von Indikatoren sind bei der Biodiversität nicht möglich. Es ist zum Beispiel nicht möglich, zu sagen, wie genau der Verlust eines Tieres ist. In diesem Zusammenhang ist mit der Ansiedlung von Tesla in Grünheide immer von der Zauneidechse gesprochen worden. Es ist nicht genau zu erkennen oder zu bemessen, wie hoch die Kosten dafür, dass eine Zauneidechse nicht mehr existiert, sind. Ein Quadratkilometer Regenwald, der nicht mehr existiert, ist ebenso nicht genau zu quantifizieren. Das wäre aber wichtig, weil wir beim Klima

eine Bepreisung der externen Effekte haben, die dadurch entstehen, dass die Emission von Treibhausgasen zu einem Wandel des Klimas beiträgt, und dementsprechend internalisiert die CO₂-Bepreisung die externen Effekte in den Preismechanismus. Das ist bei der Biodiversität im Moment noch nicht der Fall, weil es unklar ist, wie genau die Bepreisung und die externen Effekte sind. Was ist also notwendig? Im November 2022 haben wir in einer gemeinsamen Erklärung, Herr Schenck von der ZGF war dabei, verschiedene Leibniz-Institute, das ESMT und andere aus der Zivilgesellschaft ebenso, zusammengestellt, dass insbesondere diese Messbarkeit von zentraler Bedeutung ist. Wichtig ist, dass Naturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften aber natürlich auch Akteure in der Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft dazu kommen, um genauer zu quantifizieren, was tatsächlich die externen Effekte sind, die durch den Verlust von Biodiversität entstehen. Dann kann man diese so internalisieren, dass sie im wirtschaftlichen Handeln Abbildung finden. Im wirtschaftlichen Handeln der einzelnen Akteure muss klar werden, wenn ich eine bestimmte Handlung vollziehe, dann entsteht nicht nur ein Preis, den ich für ein bestimmtes Gut bezahlen muss, sondern es entsteht ein externer Effekt, der dann in diesem Preis-Mechanismus mit aufgenommen werden muss. Dazu gibt es erste Vorschläge, aber bei weitem noch kein komplettes Zielbild, das notwendig ist. Gerade in dieser Hinsicht ist die Zusammenarbeit der genannten Akteure von besonderer Bedeutung. Wenn man das Bild noch breiter spannt, dann wird klar, dass die schützenswertesten Gebiete in bestimmten Ländern konzentriert sind und die Biodiversität dort besonders stark ausgeprägt ist; das sind in der Regel die Länder des Globalen Südens. Es ist also notwendig, was ja auch in Montreal zum Ausdruck gekommen ist, Transfers vom Globalen Norden in den Globalen Süden vorzunehmen. Hier stellen sich aus ökonomischer Sicht einige Fragen. Wie viel Kapital ist notwendig? Wie kann privates Kapital mobilisiert werden? Wie kann sichergestellt werden, dass das Kapital, das dann vor Ort eingesetzt wird, auch effizient eingesetzt wird? Sind die Rechtsstaatlichkeit und die Governance der privaten Institutionen so ausgeprägt, dass das Geld tatsächlich sinnvoll eingesetzt wird? Soviel zu meinen einführenden Bemerkungen. Ich freue



mich auf die Diskussionen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende** erteilt Frau Magdalene Trapp vom NABU das Wort für ihr Eingangsstatement.

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herzlichen Dank für die Einladung. Herr Rocholl hat es schon gesagt: Die Biodiversität ist in der Krise, und deswegen ist schnelles politisches und wirtschaftliches Handeln wichtig. Und dazu können Sie alle einen ganz entscheidenden Beitrag in Ihrem Regierungshandeln leisten. Weltweit sind nämlich eine Million Arten vom Aussterben bedroht, und weniger als 3 % der Ökosysteme sind noch intakt. Das ist aber unsere Lebensgrundlage. Wir Menschen sind dringend darauf angewiesen, dass unsere Natur in Ordnung ist und uns weiterhin mit sauberem Wasser, frischer Luft, Nahrungsmitteln und so weiter versorgen kann. Ja, es sind zentrale Beschlüsse in Montreal gefasst worden. Ich war in Montreal, falls dazu noch Fragen sind, später gerne mehr. Es ist u.a. beschlossen worden, 30 % der degradierten Ökosysteme wieder in einem guten Zustand zu bringen, Nährstoff-Einträge und Risiken durch Pestizide um die Hälfte zu reduzieren, aber eben auch umweltschädigende Subventionen und Anreize abzubauen. Wie gerade schon genannt, muss der Globale Norden seine finanziellen Beiträge zur Umsetzung des Abkommens, insbesondere im Globalen Süden, deutlich erhöhen, und bis 2025 müssen 20 Mrd. US-Dollar (USD) und bis 2030 jährlich 30 Mrd. USD an staatlichen Geldern zur Verfügung gestellt werden. Das sind nur die staatlichen Gelder, hinzukommen noch die Beiträge aus der Privatwirtschaft. Daneben hat das Abkommen wichtige Regelungen zur Umsetzung getroffen, also die NBSAPs müssen bis 2024 aktualisiert werden. Es müssen regelmäßige vergleichbare Berichte gemacht werden. Die Headline-Indikatoren, die bereits festgelegt wurden, müssen dabei genutzt werden, und es wird eine globale Überprüfung des Fortschritts anhand dieser Berichte und anhand von freiwilligen Peer-Reviews gemacht, und es wird auch ein Nachschärfen bei verschiedenen Aktionen geben. Wenn man bei den Zielen nicht auf dem richtigen Weg ist, wird dort freiwillig quasi etwas durchgeführt. Was heißen jetzt die Beschlüsse

für die EZ? Da habe ich 3 Punkte als Empfehlungen. Das Erste ist, den finanziellen Beitrag, der jetzt in dem Abkommen festgelegt wurde, auch zu erreichen. Das heißt, es müssen die bereits zugesagten 1,5 Mrd. Euro pro Jahr von Bundeskanzler (BK) Olaf Scholz überhaupt verfügbar gemacht werden, was momentan noch nicht der Fall ist. Dann müssen weitere Erhöhungen zusammen mit den anderen Industriestaaten angestrebt werden. Die Montrealer Beschlüsse sollten unbedingt als Kompass für die EZ genutzt werden, und alle Sachen, die man in der EZ tut, sollten sich daran ausrichten. Ähnlich sollte auch das Paris-Abkommen für den Klimaschutz berücksichtigt werden. Das ist derzeit nicht immer der Fall. Teilweise werden Gas-Projekte im Senegal von diesen Geldern finanziert; das darf nicht sein. Und der letzte Punkt ist, dass Deutschland als Vorbild vorangehen muss, und es müssen Regelungen für die einzelnen Sektoren, die den Biodiversitätsverlust verursachen, also unter anderem Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Industrie und Handel sowie der Finanzsektor, getroffen werden. Diese könnten beispielsweise in einem Biodiversitätsgesetz festgelegt werden, welches sich aus dem, was jetzt schon in den NBSAPs entwickelt wird, speisen könnte. So können wir sicherstellen, dass wir auch in Deutschland die Ziele umsetzen und erreichen. Wir können uns nämlich nicht in Montreal für ein tolles Abkommen einsetzen, was wir dann selbst nicht umsetzen. Deswegen appelliere ich jetzt an Sie: Wir haben 7 Jahre Zeit, das umzusetzen; das ist nicht viel Zeit. Deswegen lassen Sie uns als reiches Industrieland ein Vorbild sein und entschlossen loslegen. Jede Entscheidung hat eine Auswirkung, denken Sie daran. Der NABU mit seinen mehr als 900 000 Mitgliedern und Förderern zählt auf Sie. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank an Sie beide. Wir kämen jetzt zu der ersten 3minütigen Frageunde, und die Fraktion der SPD beginnt mit Frau Sthamer.

Abg. **Nadja Sthamer** (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch an die beiden SV für die einführenden Worte. Es ist klar, dass wir bei einer Million vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten weltweit wahrscheinlich noch mehr handeln müssen. Das



wurde in Ihren Berichten sehr deutlich, und es wurde schon gesagt, dass die Beschlüsse von Montreal dabei ein guter Anfang, aber erst ein Anfang, sind, und jetzt kommt es auf die konkrete Umsetzung an, bei der auch die EZ gefragt ist. Ich bin sehr froh, dass das BMZ die Biodiversität sehr hoch auf der Agenda angesiedelt hat und BMn Schulze sehr engagiert unterwegs ist. Ich hätte noch mal ein paar konkrete Nachfragen auf die EZ bezogen. Frau Trapp, welche Projekte der deutschen EZ auf bilateraler oder multilateraler Ebene in dem Bereich sehen Sie als Best Practice-Beispiele, um es konkreter und anschaulicher zu machen? Welche Lehren können wir daraus für unser zukünftiges Engagement ziehen, und welche Prioritäten sollten wir setzen? Sie haben das schon angerissen, aber vielleicht können Sie das konkretisieren, wo Prioritäten gesetzt werden müssen in der EZ, um die neuen Beschlüsse des CBD-Rahmenwerks umzusetzen? Und noch eine weitere Frage, denn die Finanzierung ist die eine Seite, aber die Verankerung vor Ort und Nachhaltigkeit die andere Seite. Wie könnten zivilgesellschaftliche Akteure im Globalen Süden eingebunden werden, und wie kann das Wissen der indigenen Bevölkerung genutzt werden, um eine Verankerung langfristig zu ermöglichen und gleichzeitig die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt zu rücken? Danke.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Rocholl. Auf der COP15 hat VN-Generalsekretär Antonio Guterres geäußert, dass die Menschheit, ich zitiere, "mit unbändigem Appetit auf ungebremstes und ungleiches Wirtschaftswachstum zu einer Massenvernichtungswaffe für die Artenvielfalt der Erde" geworden sei. Die Exekutivdirektorin der VN-Biodiversitätskonvention, Elisabeth Maruma Mrema, äußerte hingegen, sie glaube nicht, dass es einen Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Erhalt der biologischen Vielfalt gebe. Deswegen frage ich Sie. Wie schätzen Sie die Lage ein? Stellen die Beschlüsse aus Ihrer Sicht einen Zielkonflikt in der deutschen EZ dar? Die zweite Frage geht an Frau Trapp. Sie haben ausgeführt, Deutschland muss Vorbild sein. Wie beurteilen Sie die derzeitige Energiepolitik von dieser Bundesregierung, die in der Verantwortung eines grünen Ministers

ist, insbesondere mit Hinblick auf Klima und Biodiversität?

Abg. **Dr. Jan-Niclas Gesenhues** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank an die SV. Frau Trapp hat vorhin schon darauf hingewiesen, Klimakrise und Biodiversitätskrise sind eine Zwillingskrise, und es bringt nichts, sie gegeneinander auszuspielen. Wir müssen beide mit einem hohen Ambitionsniveau bekämpfen. Wichtig ist, zu unterstreichen, dass das Montreal-Abkommen ein echter Meilenstein für den globalen Biodiversitätsschutz ist, und es ist kein selbstverständlicher. Das Scheitern der Konferenz stand 50:50 vor der Konferenz, und das muss nochmal in aller Deutlichkeit an dieser Stelle gesagt werden. Es ist ein Riesendurchbruch, der nicht allein, aber auch der deutschen Bundesregierung zu verdanken ist. Dass es dazu gekommen ist, mit der Ankündigung der 1,5 Mrd. USD, ist dem großen Engagement von StS Jochen Flasbarth und von BMn Steffi Lemke und dem ganzen Team der Bundesregierung zu verdanken. Dafür bin ich der Bundesregierung sehr dankbar, dass das gelungen ist. In aller Bescheidenheit kann man vielleicht sagen, dass der Deutsche Bundestag mit einem breit getragenen Antrag zu diesem Thema auch ein kleines Stück dazu beigetragen hat, auch dafür bin ich sehr dankbar. Ich finde in dem Abkommen besonders gut, dass im 30 %-Ziel die Rolle der Indigenen sehr stark betont wird und die Wiederherstellung der Natur in den Blick genommen wird, und nicht nur der Schutz, sondern auch der Kampf gegen die Verschmutzungskrise adressiert wird. Dazu gehört insbesondere der Eintrag von Schadstoffen und Plastik in die Umwelt, was wir dringend angehen müssen. Zu den Fragen. Frau Trapp, mich interessiert, weil Sie vor Ort waren, wie war die dortige Wahrnehmung der Verhandlungen, insbesondere mit dem Globalen Süden, denn es hat ja wohl eine etwas ungünstige Frontstellung bei der Finanzierungsfrage gegeben. Wie waren also Ihre Wahrnehmungen vor Ort? Dann würde mich interessieren, wo sehen Sie die größten Stärken des Abkommens, und an welchen Stellen hätte es vielleicht noch mehr gebraucht? Die dritte Frage hebt ab auf eine Auskunft, die uns BMn Schulze in der Regierungsbefragung gegeben hat. Da hat sie gesagt, dass es auch vor dem Hintergrund des Mon-



treal-Abkommens noch eine Aufstockung im Bereich der Biodiversität im BMZ brauche, aber auch bei den Durchführungsorganisationen. Da würde mich interessieren, in welchen Themenbereichen sollte Ihrer Meinung nach aufgestockt werden, um die Montreal-Ziele möglichst effektiv zu erreichen? Und zuletzt: Was muss auf der nächsten COP passieren, also auf der COP 16, die Ende 2024 in der Türkei stattfinden soll, um den Weg zu verstetigen, der in Montreal begonnen wurde? Herzlichen Dank.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Ich bedanke mich zunächst bei den SV für ihre Eingangsstatements. Schön, dass Sie das gemacht haben und auch schriftlich niedergelegt haben. Prof. Rocholl, Sie haben schon angesprochen, dass wir die schützenswertesten Gebiete im Globalen Süden finden. Sie sind die genetischen Küchen der Welt, wo neue Arten und auch neue Viren entstehen, die manchmal nicht ganz ungefährlich sind. Aber sie sind natürlich auch ein genetisches Schatzkästlein. Wir haben das Kongobecken. Wir haben den Amazonas. Wir haben Gebiete in Mittelamerika. Die sind allesamt so bedeutend, dass sie jetzt hoffentlich mit der Konvention so geschützt werden können, wie es die Menschheit braucht. Die Gretchenfrage ist jedoch, wer bezahlt den Nutzungsverzicht, zum Beispiel im Kongobecken. Da sind inzwischen Öllizenzen vergeben worden, weil die Regierung des Kongos sagt, ihr habt bisher nichts bezahlt. Jetzt bohren wir nach Öl, weil wir Einkommen für unsere Bevölkerung brauchen. Damit droht auch der Verlust dieser genetischen Küche im Kongo. Wie kann man also, Prof. Rocholl, Geld mobilisieren? Wie können die externen Effekte, die Zerstörung der Biodiversität, die gemacht werden, internalisiert werden in Wirtschaftskreisläufe. Dort werden entsprechende Gelder mobilisiert, weil es ohne Geld nicht gehen wird, denn den Nutzungsverzicht müssen wir irgendwie ausgleichen zwischen Nord und Süd. Frau Trapp, Sie haben davon gesprochen, ob die Milliarden, die BK Scholz versprochen hat, wirklich fließen werden. Davon gehe ich aus, denn das Wort des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland hat Gewicht. Aber ich glaube, es ist auch eine Frage der Komplexität, für was es ausgegeben wird? Wenn es unklar bleibt, wofür das Geld eingesetzt werden soll, dann haben die Län-

der im Süden ein Problem, weil sie nicht verstehen, wo das Geld hinfließen soll. Wir haben viele Konferenzen, auch Klimakonferenzen, wo Milliardenbeträge versprochen werden, aber danach weiß niemand so genau, wo die Gelder hinfließen. Damit entsteht eine gewisse Komplexität. Deshalb wäre die Frage an Sie, Frau Trapp, wie kann man diese Komplexität bei den Gebern vielleicht auflösen? Sie haben auch das Gas im Senegal angesprochen. Ich habe mir das angeschaut. Der Senegal installiert gerade ein großes Kohlekraftwerk, ein gebrauchtes Kohlekraftwerk aus Indien, und das kann sich jeder vorstellen, dass die Abgasreinigung nicht so gut funktioniert. Der Senegal braucht aber Strom, und deshalb bauen sie Kohlekraftwerke. Wäre es nicht sinnvoller, diese durch regenerative Energien oder zumindest durch Gaskraftwerke zu ersetzen, denn der Senegal hat eigene Gasquellen. Dadurch könnte auch Einkommen für die Bevölkerung produziert werden, was sie viel nötiger als andere Staaten haben. Sind Sie, Frau Trapp, nicht auch der Meinung, dass durch diese Gasvorkommen im Senegal das eine oder andere Kohlekraftwerk verhindert werden kann?

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Vielen Dank für Ihre Statements. Ich hätte an Herrn Rocholl zwei finanzielle Fragen. 1.) Wie haben sich seit dem Startschuss 2018, Ihrer Ansicht nach, die Green Fonds entwickelt? Das wäre interessant für uns. 2.) Was halten Sie von strukturierten Fonds in der EZ mit Blick auf eine finanzielle Nachhaltigkeit? Das wären die zwei Fragen. Dann zu Frau Trapp. Ich stelle immer wieder fest, dass der Verlust der Wälder auf der Welt einen Rieseneinfluss auf die Biodiversität hat. Als Beispiel nenne ich Madagaskar mit seinem Regenwald und der enormen Artenvielfalt. Wie wir alle wissen, ist Madagaskar fast baumfrei. Das hat einen Rieseneinfluss auf die Biodiversität und ist menschengemacht. Das Problem durch die hohen Bevölkerungszahlen einerseits, durch die Ressourcen Chinas andererseits, aber auch, weil das Holz gebraucht wird, damit die Menschen Holz zum Kochen haben. Und wir stehen vor einer Welthungerkrise. Wie soll die aktuell parallel verlaufende Welthungerkrise mit den beschlossenen Zielen, nahezu unverzüglich mehr Land- und Wasserflächen unter Schutz zu stellen, in Einklang gebracht werden? Einerseits haben wir immer mehr



Menschen, die immer mehr Wald- und Ackerbaufläche brauchen, und andererseits wollen wir genau diese Gebiete unter Schutz stellen. Das führt dazu, ich war letztes Jahr in Tansania, dass im Serengeti Nationalpark die indigene Bevölkerung natürlich in die Parks hineindrängt und Wildtiere schießt, was zu ganz anderen Problemen, wie Zoonosen, führt. Also finde ich realpolitisch ein anderes Bild als das, was wir uns selbst erklären und durch das Montreal Protokoll umsetzen wollen. Was ist Ihnen über die Vertreibung der hungernden örtlichen Bevölkerung im Globalen Süden unter Gewaltanwendung zur Errichtung von Schutzgebieten bekannt? Was passiert da vor Ort an Repressalien, Vertreibungen und so weiter? Welche aktive Rolle spielt China dabei? Das wäre interessant, danke schön.

Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.) Vielen Dank, ich habe zwei Fragen an Frau Trapp. In Auswertung der Konferenz gab es neben den vielen guten Aspekten, die begrüßt wurden, auch einige Kritik. Zum Beispiel war eine große Enttäuschung zu verzeichnen bei Nichtregierungsorganisationen (Non Governmental Organisations, NGOs), dass es zum Beispiel kein umfassendes Horizon Scanning bei Technologien gab und keine rechtsverbindliche Festlegung von Unternehmensverantwortung und noch einige weitere Punkte. Der Abg. Dr. Gesenhues hat bereits danach gefragt. Sehen Sie Möglichkeiten, dass die deutsche EZ mit gutem Beispiel vorangehen wird und nicht nur gewährleistet, dass das CBD-Rahmenwerk eingehalten wird, sondern darüber hinaus diese nicht vereinbarten Punkte umsetzt? Was muss gewährleistet sein, damit das CBD-Rahmenwerk überhaupt umgesetzt wird. Eine andere Kritik, die ich gelesen habe, beschäftigt sich damit, ob das 30 %-Ziel nicht im Grunde eine Farce ist, weil mehreren Vertragsstaaten, einschließlich der Europäischen Union (EU), plötzlich aufgefallen ist, dass vermutlich bereits mehr als 30 % aller Flächen unter Schutz stehen, wenn man nicht nur die formellen Schutzgebiete, sondern auch andere wirksame flächenbezogenen Naturschutzmaßnahmen (Other Effective Area-based Conservation Measures, OECMs) dazurechnet. Heißt das im Umkehrschluss für die EZ, dass der Fokus bei der Umsetzung des Ziels nicht auf die Ausweitung der Flächen gerichtet sein muss, sondern auf die qualitativen

Aspekte des Ziels, einschließlich der Bedingungen, die Gebiete gerecht zu verwalten und effektiver zu nutzen? Wo hat die deutsche EZ Nachholbedarf, um genau diesen Fokus zu gewährleisten?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Wir kämen nun zur Beantwortung der Fragen, und ich schlage vor, dass wir das in umgekehrter Reihenfolge starten. Frau Trapp beginnt nun also.

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Das ist eine riesige Herausforderung für mich. Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Vielleicht einfach am Ende, was von den in Montreal festgelegten Zielen gut war und was vielleicht nicht so gut war. Jedenfalls waren wir mit den Zielen insgesamt relativ zufrieden, aber wir hätten uns noch mehr Messbarkeit gewünscht bei einigen Zielen und beispielsweise Verpflichtungen für die Unternehmen. Gerade bei diesem Ziel zur Berichterstattung von Unternehmen über ihre Aktivitäten und die Auswirkungen auf die Biodiversität hat ein Zusammenschluss von Unternehmen selbst gefordert, dass das verpflichtend werden sollte. Die Diskussionen haben dann am Ende dazu geführt, weil einige wenige Länder sich dagegen ausgesprochen haben, dass es nur ein schwächeres Wording ist und es nicht verpflichtend, sondern freiwillig ist. Trotzdem heißt das für Deutschland, wenn wir als Vorbild vorangehen wollen, dass wir in Zusammenarbeit mit der EU und den G7 vielleicht schon einmal anfangen, Regelungen und mehr Verpflichtungen für den Unternehmensbereich zu treffen. Vielleicht hat Prof. Rocholl dazu auch noch etwas zu sagen, aber das war es erst einmal von mir zu den Unternehmen. Die Messbarkeit der Ziele war gut. Schlecht war ansonsten, dass das Ziel zur Landwirtschaft leider viel zu schwach ist. Der Agrarsektor ist mit den nachgelagerten Sektoren Handel und so weiter einer der größten Verursacher der Krise. Deshalb bräuchte man hier ein eindeutiges Ziel und dann klare Schritte, wie wir da hinkommen. Hier haben Deutschland und die EU eine große Verantwortung mit unserer Agrarpolitik bei der Erreichung des Ziels, umweltschädigende Subventionen bis 2030 komplett abzubauen. Bis 2025 sollen diese identifiziert werden, und damit kann man jetzt schon anfangen. Das ist ein wich-



tiger Schritt, der auch passieren sollte. Ansonsten waren die Ziele meiner Meinung nach sehr gut. Die Umsetzungsmechanismen sind zu schwach ausgearbeitet, und deshalb muss bei der nächsten COP unbedingt nachgearbeitet werden, was auch eine Frage von Abg. Dr. Gesenhues beantwortet, was bei der COP 16 passieren soll. Da sollte man tatsächlich an die Umsetzungsmechanismen und das Reporting der Nationalen Biodiversitätsstrategie und Aktionsplan (NBSAP) ran und hier ebenso wie bei dem Review nachschärfen. Zu „30 by 30“ müsste über die jeweiligen Schutzgebietsziele noch diskutiert werden. Mich hat gestört, dass diese Vereinbarung in der medialen Berichterstattung fast das einzige Ziel war, was kommuniziert wurde. Es ist definitiv ein wichtiges Ziel, und ich bin froh über diesen Beschluss. Aber, und Abg. Möhring hat das schon angesprochen, dabei ist ganz wichtig, dass wir die Menschenrechte und die Qualität der Schutzgebiete sicherstellen. Reine Quantität bringt da wenig und reine „Paperparks“ brauchen wir auch nicht, sondern wir wollen, dass die Biodiversität wirklich geschützt wird. In der öffentlichen Berichterstattung hat gefehlt, dass man über die Sektoren spricht, die maßgeblich für den Verlust der Biodiversität verantwortlich sind. Bei dem Blick auf Deutschland kann ich auf weitere Fragen eingehen, denn wir sind wirtschaftlich ein sehr starkes Land, ich glaube, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wir haben also einen großen Impact, und über unsere politischen Rahmenbedingungen können wir viel machen. Wir müssen aber unbedingt eine öffentliche Debatte über unser Konsumniveau führen, und ich habe den Eindruck, diese Debatte traut sich niemand zu beginnen. Wenn wir aber alle gemeinsam auf diesem Planeten, dessen Ressourcen sind begrenzt, leben wollen, dann können wir uns nicht mehr wegducken vor dieser Debatte. Auch bei der Energiepolitik müssen wir anfangen, über das Thema Konsum zu sprechen, und das bedeutet die langfristige Ausrichtung auf die Erneuerbare Energien (EE) und so weiter. Ich denke, da muss ich jetzt nicht auf die Details eingehen, denn das geht zu weit. Es ist auch gefragt worden, wo Prioritäten gesetzt werden müssen, beziehungsweise was sind die nächsten Schritte, und wie können wir die Länder des Globalen Südens am besten unterstützen. Ich glaube, es ist entscheidend, bei der Entwicklung und Anpas-

sung der NBSAP und bei deren Monitoring zu unterstützen. Das ist der erste Schritt, und dazu gibt es bereits Initiativen, zum Beispiel von Kolumbien zusammen mit Deutschland. Die NBSAP sind ein sehr gutes Beispiel, auch wenn die konkreten Umsetzungsmechanismen noch nachgeschärft werden, wie man in solchen Koalitionen mit Ländern, die wirklich etwas bewegen wollen, bereits vorangehen kann. Da lohnt es sich auf jeden Fall, in der EZ mehr zu machen. Dadurch wird auch das Mainstreaming von Biodiversität in den Sektoren gefördert. Wir sollten also den Ländern dabei helfen, die Biodiversitätsziele in die verschiedenen Politikfelder zu integrieren, genau wie wir es in Deutschland machen müssen. Ich glaube es ist unrealistisch, diese Ziele bis 2030 zu erreichen. Ich bin leider schon über die Zeit, und es tut mir leid, dass ich jetzt nicht auf alles eingegangen bin.

Der Vorsitzende: Wir kommen noch zu einer zweiten Runde, in der Sie dann auf die anderen Sachen eingehen können. Jetzt bitte ich Jörg Rocholl um seine Antworten.

Prof. Jörg Rocholl (Präsident ESMT Berlin und Professor für Sustainable Finance): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Fragen. Ich versuche, einen roten Faden zu spinnen für die verschiedenen Fragen. Da ist dieser Punkt, den ich genannt habe, nämlich die Frage der Internalisierung. Wie können diese externen Effekte internalisiert werden? Ich beginne daher mit der Frage des Wirtschaftswachstums. Grundsätzlich steht biologische Vielfalt nicht im Widerspruch zu Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum ist möglich, und Biodiversität kann gleichzeitig erhalten werden, das ist grundsätzlich möglich. Wenn wir die externen Effekte, die dem Wirtschaftswachstum zugrunde liegen, nicht internalisieren, dann kann es tatsächlich zu einer Situation kommen, in der nicht nur der Klimawandel, sondern auch der Verlust der Biodiversität zum kompletten Entzug der Ressourcen und damit letztlich auch zu der Möglichkeit nachhaltigen Wirtschaftens führen. Das große Frage ist also, wie können wir diese externen Effekte beschreiben. Ich hatte schon in meinem Eingangsstatement gesagt, dass es im Moment noch keine Einigung darüber gibt, was die tatsächlichen Aktivi-



täten sind, die genau bepreist werden müssen. Mein pragmatischer Vorschlag wäre, dass man im ersten Schritt mit etwas beginnt, was vielleicht nicht perfekt ist, was aber annäherungsweise in diese Richtung geht. Man kann zum Beispiel Transparenz bei Unternehmen herstellen, wie viel sie zum Beispiel an Wald, an Land, an Wasser, verbrauchen, möglicherweise auch die Nutzung von Meerwasser im Transport, um im ersten Schritt überhaupt Transparenz zu erreichen, welche Auswirkungen unternehmerisches oder wirtschaftliches Handeln hat. Das gilt auch für den Konsum und das Thema Biodiversität. Das heißt, die Internalisierung der externen Effekte, der Preismechanismus ist das zentrale Kriterium von der wirtschaftlichen Seite. Ich bringe das zusammen mit Ihrer Aussage, Herr Vorsitzender, Sie hatten das beschrieben als genetische Küchen der Welt. Das ist ein elementarer Punkt, auf den die Naturwissenschaften, gerade auch Herr Schenck, immer wieder hinweisen. Es ist nicht nur eine Zwillingsskrise, sondern darüber hinaus ist noch ein dritter Aspekt zu betrachten, dass nämlich mit dem Verlust der Biodiversität, oder man kann auch sagen mit dem Vordringen des Menschen in vorher geschützte Gebiete, die Wahrscheinlichkeit für Pandemien deutlich steigt. Die Wahrscheinlichkeit einer Corona-Pandemie oder die einer vergleichbaren Pandemie steigt deutlich, je mehr der Mensch in diese unberührten Gebiete vordringt. Wenn man sich jetzt aus ökonomischer und aus fiskalischer Sicht betrachtet, welche massiven Folgen diese Pandemie hatte, welche großen fiskalischen Anstrengungen notwendig waren, welche Einbußen das für uns alle gebracht hat, nicht nur im sozialen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich, dann sieht man, welche zentrale Bedeutung das Thema Biodiversität hat. Der Schutz der Biodiversität hat daher auch einen First Order Effekt für das wirtschaftliche Geschehen. Herr Vorsitzender, Sie hatten die Frage gestellt des Nutzungsverzichts, und das ist ein ganz zentraler Teil. Ich denke, und das hat die Diskussion bisher schon gezeigt, dass die Abholzung von Wäldern, das Eindringen, etwas ist, was sehr handfesten wirtschaftlichen, aber auch sozialen Notwendigkeiten folgt. Das heißt, diese sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind zu berücksichtigen und sind ganz zentral in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen. Wichtig ist

aus meiner Sicht und aus ökonomischer Sicht, dass insbesondere eine Messbarkeit des Erhalts gewährleistet ist. Es gibt heute die technologischen Möglichkeiten, jeden Quadratmeter Erde in seiner Entwicklung zu betrachten. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass es Prämien gibt, die den Erhalt bestimmter Gebiete zur Voraussetzung machen. Das heißt, dass man nicht hingehet und sagt, wir stellen unbedingt Geld zur Verfügung, um dann zu sehen, was man daraus macht, sondern man knüpft klare Bedingungen an die Vergabe des Geldes, damit es bei schwächeren rechtsstaatlichen Systemen und schwächerer Governance und auch Corporate Governance nicht dazu kommt, dass das Geld irgendwo versickert oder nicht effizient eingesetzt wird. Es sollte eine starke Konditionierung dessen, was man zur Verfügung stellt, geben, um damit auch sicherzustellen, dass diese handfesten wirtschaftlichen sozialen Notwendigkeiten, die zum Beispiel beim Verlust des Regenwaldes, einhergehen, abgemildert werden, das gilt gleichzeitig aber auch für die externen Effekte. Herr Schenck hat an anderer Stelle über das Thema Soja-Exporte gesprochen, die beim Verbrauch klar internalisiert werden. Er hat beschrieben, welche zusätzlichen Kosten der Anbau von Soja beinhaltet, und deshalb ist eine Internalisierung von zentraler Bedeutung. Damit komme ich zur Frage der grünen Finanzierung. Das ist in der Tat ein stark wachsender Bereich, Anlegerinnen und Anleger geben immer mehr Geld in sogenannte grüne Anlageprodukte, so dass die Anforderungen dort immer weiter steigen. Ich bin der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (BMF), und wir haben dort vor kurzer Zeit ein Gutachten zu der Frage, wie wirkt grüne Finanzierung, herausgegeben. Wir haben darin vor dem naiven Glauben gewarnt, dass nur grün drauf stehen muss und dann funktioniert das schon. Wir müssen sehr klare Kriterien definieren, nach denen grüne Finanzierung wirklich eine Transformation bewirken kann und muss. Ein zentraler Punkt für Unternehmen ist, dass es tatsächlich auch Mitwirkungsmöglichkeiten für die Anlageseite geben muss, um die Unternehmenspolitik zu ändern. Es ist keinem damit geholfen, und das mag im ersten Augenblick paradox klingen, Investitionen in „braune“ Anlagengüter komplett zu verbieten, sondern man sollte gerade diese besonders



fördern, damit man an dieser Stelle den großen Wandel hinbekommt, also dass man durch die Interventionen bei den betroffenen Unternehmensebenen, ein Wandel in der Unternehmenspolitik von braunen zu grünen Geschäftsmodelle hinbekommt. Die Themen Messbarkeit und Internalisierung sind von zentraler Bedeutung und ich glaube, es ist wichtig, um diese ökonomische Dimensionen der Krise zu verstehen, dass neben der Zwillingskrise der dritte Aspekt, das Risiko der Pandemien, steht. Dabei ist für alle klar geworden, wie groß die ökonomischen Konsequenzen sind.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Wir kämen zur zweiten Fragerunde, bei der die Fragesteller 2 Minuten Zeit haben.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Dankeschön für die einflussreichen Vorträge. Ich habe nur eine Frage an Frau Trapp. Es geht um die Projekte der deutschen EZ bezüglich der Menschenrechte der indigenen Gemeinschaften vor Ort. Wie können diese Rechte noch stärker berücksichtigt werden, wenn wir von Biodiversität reden? Was betrachten Sie als wichtig in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort, um den Verlust von Biodiversität zu begrenzen, denn die spielen auch eine ganz große Rolle aus meiner Sicht.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Herr Prof. Rocholl, Sie haben über das Thema Messbarkeit und Internalisierung gesprochen. Jetzt sind wir hier im AwZ, und mir stellt sich da immer eine Frage, insbesondere in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, die versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Industrialisierung in ihren Ländern hinzubekommen. Wie können wir sie unterstützen, beziehungsweise am Ende auch überzeugen? Wir können es ihnen ja nicht aufoktroieren und wollen das auch nicht, sondern wir wollen überzeugen, dass man bei allen Themen die Umwelt, den Klimaschutz und die Biodiversität mitdenkt. Vielleicht haben Sie hier einen Vorschlag. Gerade wenn ich an China, an Indien und viele andere Länder denke, wie kann man hier als Bundesrepublik Deutschland vorgehen? Frau Trapp, Sie haben meine Frage nicht beantwortet, wie Sie die Energiepolitik der Bundesregierung aktuell beurteilen. Viel-

leicht könnten Sie das entsprechend nachholen. Ich hatte mir eine sehr gute Frage vom Vorsitzenden zum Thema „Lieber Gas statt Kohle“ notiert, insbesondere mit Hinblick auf verschiedene Entwicklungsländer. Vielleicht könnten Sie da noch etwas aus Ihrer Sicht sagen.

Abg. **Dr. Jan-Niclas Gesenhues** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Bei Frau Trapp war bei mir die Frage nach der Verhandlungsatmosphäre vor Ort offen geblieben. Das war ein solcher Wust an Fragen, dass es sicherlich gar nicht möglich war, alle zu beantworten. Ich fand Ihren Rat sehr interessant, bei der Unterstützung der Aufstellung nationaler Biodiversitätsstrategien in den Partnerländern einen Schwerpunkt auf EZ zu setzen. Wenn Sie das noch mal ausführen könnten. Wie beurteilen Sie das Instrument einer, wie auch immer gearteten, Biodiversitätspartnerschaft zwischen Deutschland und Partnerländern? Es gibt sowas ähnliches beim Klima. Möglicherweise gibt es jenseits der Biodiversitätsstrategien auch noch andere spannende Felder der Kooperation, bei denen man solche Partnerschaften gründen könnte. Herr Prof. Rocholl, es gibt trotz der Freude über das Abkommen nach wie vor eine eklatante Finanzierungslücke. Wir haben jetzt vor allem über öffentliche Gelder gesprochen, aber auch dem privaten Sektor kommt eine große Rolle zu. Das ist im Abkommen explizit benannt. Was braucht es dafür, dass der private Sektor sich beteiligt und vor allem, dass das dann auch wirklich biodiversitätsfördernd ist und nicht sozusagen in ein Greenwashing abdriftet. Welche Möglichkeiten gibt es da? Wie kanalisiert man die Mittel bestmöglich, sodass sie am Ende dem Artenschutz, aber auch den Menschen vor Ort dienen?

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Vielen Dank. Zunächst noch einmal meine Frage an Frau Trapp, sie war noch nicht von Ihnen beantwortet. Wir haben die Komplexität von den Geberländern, denn man verspricht Milliarden, aber man weiß nicht so ganz genau, für was das eigentlich ganz konkret genutzt werden soll. Wie kann man das auflösen, denn das brauchen wir für die Akzeptanz bei der hiesigen Bevölkerung und im Globalen Süden. Dann hätte ich noch eine Frage an Herrn Prof. Rocholl. Wir haben das Thema der Flächentrennung angesprochen. Wir



haben in Europa auch Mischsysteme, wo wir sagen, wir machen auf der gleichen Fläche Naturschutz oder Biodiversitätsschutz und zum Beispiel im Wald Holzproduktion. Wir erreichen beide Ziele, aber jeweils nur zu 80 %. Wir haben keine Plantagenwirtschaft. Wir haben keinen Biodiversitätsschutz in der kompletten Stilllegung des Waldes. Wie kann man das auflösen? Gibt es diese Situation auch im Globalen Süden oder ist das ein spezielles mitteleuropäisches Problem?

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Auch an Frau Trapp noch einmal zwei Fragen. Wir reden immer von EE. Ich möchte es jetzt am Beispiel festmachen, nicht Windpark, sondern Talsperrenbau oder Wasserkraft. Der GERD (Grand Ethiopian Renaissance Dam) ist entstanden, der Einfluss auf das Nildelta und damit letztendlich in Ägypten hat, wenn die wirklich das Becken voll machen. Welchen Einfluss hat das dann auf die Biodiversität in Ägypten? Welche Rolle spielt aktiv bei der Umsetzung dieser ganzen Geschichten China wirklich, wie beteiligen die sich? Wenn China sich nicht aktiv beteiligt, ist das, denke ich, ein Rudern in die verkehrte Richtung. Die geben nämlich auf dem afrikanischen Kontinent derzeit die Marschrichtung vor.

Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Ja, meine Fragen sind tatsächlich alle beantwortet worden von Frau Trapp. Deshalb will ich mich ganz solidarisch gegenüber den anderen Anwesenden verhalten und nur eine ganz kleine Nachfrage stellen. Sie hatten eingangs erwähnt, dass aus Ihrer Sicht ein Biodiversitätsgesetz sinnvoll wäre. Verstehe ich das richtig, dass Sie das als rechtliches Regelwerk für uns vorschlagen? Oder gibt es unterhalb eines Gesetzes eventuell noch andere rechtliche Regelungsmöglichkeiten, die Sie als unbedingt notwendig erachten?

Der **Vorsitzende**: Jetzt kommt die Antwortrunde, und wir haben errechnet, dass Sie jeweils 8 Minuten Zeit haben, also eine Minute mehr als vorgesehen. Sie können vielleicht auch noch das eine oder andere aus der ersten Fragerunde, was vielleicht untergegangen ist, aufgreifen. Wir beginnen erneut mit Herrn Prof. Rocholl, und dann folgt Frau Trapp.

Prof. Jörg Rocholl (Präsident ESMT Berlin und Professor für Sustainable Finance): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich beginne mit der Frage von Abg. Stefinger zu China und Indien. Aus meiner Sicht ist zentral, dass die Zwillingsskrise, und das hatte ich eben erwähnt, erweitert wird um das Pandemie-Thema, weil die ökonomische Relevanz dieses Themas dann offensichtlich wird. Das Handeln kann sich nicht mehr ausdrücken in „Können wir die Zauneidechse erhalten? Können wir dieses oder jenes halten?“, sondern es geht wirklich um ein ökonomisches Problem der ersten Rangordnung. Gerade die weltweiten Auswirkungen, die die Pandemie mit sich gebracht hat, die Riesenverluste, die wirtschaftlich entstanden sind für den Staat und für viele private Akteure, sind so signifikant, dass das aus meiner Sicht ein Narrativ sein könnte, mit dem Länder zum Bewusstseinswandel angeregt werden können. Die andere Frage ist, wie man in den Ländern zur Überzeugung kommt, dass sie durch ihr wirtschaftliches Handeln die Biodiversität beeinflussen können. Ich halte es für wichtig, dass die Innovationsstrategien für diese Länder gemeinsam entwickelt werden. Wichtig ist, wie Sie es auch gesagt haben, dass das nicht aufgezwungen werden darf; es kann allerdings Hilfestellung geleistet werden. Wenn man sich zum Beispiel die Energieentwicklung in Namibia ansieht. Das ist etwas, was jetzt gerade in der Diskussion war und in der Umsetzung ist, und das zeigt, dass man Ländern möglicherweise Hilfestellung und Rat geben kann. Dadurch werden die vorhandenen Stärken besser erkannt und entsprechend weiter entwickelt, und so können spezifische Produkte entwickelt werden, die dann auf dem Weltmarkt nachgefragt werden. Herr Abg. Gesenhues, Sie hatten nach dem privaten Sektor gefragt. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil, und ich sehe hier vor allem 2 oder 3 Richtungen. Ein Punkt ist der folgende: Wenn die Externalitäten bepreist werden, dann ist das ähnlich wie beim CO₂ oder bei den Erlösen aus der CO₂-Bepreisung, es stehen zusätzliche Mittel zur Verfügung, die dafür genutzt werden müssen, um die Extrarealitäten anzugehen. Das heißt, hier sind zusätzliche Mittel möglich, die für Notwendiges genutzt werden können. Ein weiterer Punkt ist, dass es zunehmend Diskussionen gibt, wie man auch privates Kapital, zum Beispiel in Form von Stiftungen, stärker für diese Zwecke mobilisieren



kann. Wie kann man Vermögende gewinnen, stärker Geld an dieser Stelle zur Verfügung zu stellen; dazu muss man Anreize schaffen. Das ist ein fundamentales Problem, das es zu lösen gilt. Es gibt da beispielsweise den Dialog "Neues Geben", bei dem sich verschiedene Initiativen, die in diese Richtung zielen und die nichts mit den Externalitäten zu tun haben, zusammengeschlossen haben, um mehr privates Kapital zu mobilisieren. Der dritte Punkt ist, dass der Druck auf die Unternehmen von verschiedenen Seiten wächst. Wir hatten zuvor über die Finanzmärkte gesprochen, aber der Druck nimmt auch von Seiten des Arbeits- und Produktmarktes zu. Unternehmen geraten also zunehmend unter Druck, weil Studierende nicht mehr für das Unternehmen arbeiten wollen, weil es sich nicht so verhält, wie das für eine nachhaltige Entwicklung notwendig ist. Konsumentinnen und Konsumenten kaufen ebenfalls keine Produkte von Unternehmen, wenn es sich nicht nachhaltig aufstellt. Gerade diesen Druck sollte man nicht unterschätzen, denn er führt sehr schnell zu Anpassungen im Verhalten. Ich nehme aus Gesprächen wahr, dass die Sensibilität der Unternehmen für diese Themen immer weiter wächst, teilweise ist aber eine gewisse Unkenntnis vorhanden und auch ein Ruf nach Hilfe ist zu hören bei den Fragen, welche konkreten Dinge müssen in der Unternehmensberichterstattung aufgenommen werden. Es wird auch gefragt, welche qualitativen Faktoren sollten aufgenommen werden, um die Ziele zu erreichen. Zu dem Punkt der Flächentrennung gibt es eine berühmte ökonomische Regel, die Tinbergen-Regel. Diese besagt im Wesentlichen, ein Ziel pro Maßnahme. Konkret heißt das, vereinfacht gesagt, folgendes: Wenn man versucht, mit einer politischen Maßnahme verschiedene Ziele zu erfüllen, dann wird man in der Regel nicht alle Ziele erfüllen, weil es unweigerlich zu Zielkonflikten führt. Diese Zielkonflikte, die Sie gerade beschrieben haben im Bereich der Holzproduktion, kann man auch in vielen anderen Bereichen finden. Da weiß man nämlich nicht mehr genau, bei welchen Zielen man die Priorität ansetzt. Deshalb ist es so wichtig, dass die beschlossenen Maßnahmen immer ein sehr klar bestimmtes Ziel beinhalten und man dann entsprechend zur Abwägung des Ziels kommt. Ich nehme jetzt mal ein ganz konkretes Beispiel, um das zu illustrieren: Die ESMT hatte

den Antrag gestellt, Solarpaneele auf unser Dach bauen zu können. Das wurde im ersten Schritt vom Land Berlin abgelehnt, weil die Solarpaneele nicht mit dem Denkmalschutz kompatibel sind. Hier gibt es also zwei politische Ziele: den Denkmalschutz und den Klimaschutz. Wir haben gesagt, uns ist der Klimaschutz wichtiger. Die politische Abwägung war aber bislang, dass der Denkmalschutz wichtiger ist. Das sind die Abwägungen, die nun politisch getroffen werden müssen. Ich habe als Bürger des Landes eine klare Präferenz, aber ich bin nicht in der politischen Verantwortung. Diese Zielkonflikte sollte man immer unter Berücksichtigung der Tinbergen-Regel betrachten. Ich nehme jetzt einmal den Aspekt des Abg. Friedhoff, den Wasserkraft-Staudamm, denn auch hier kann es durchaus Zielkonflikte geben zwischen Klimawandel und Biodiversität, und so kann eine Maßnahme durchaus zu Konflikten führen in der Umsetzung. Dementsprechend ist die Tinbergen-Regel zentral für die Betrachtung, was man und wie man etwas erreichen will. Man sollte nicht versuchen, alle möglichen Dinge mit einer Maßnahme zu kombinieren. Das wäre aus ökonomischer Sicht der zentrale Grundsatz.

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Herzlichen Dank. Die Frage ist, wo setzen wir an. Das Thema ist komplex, um vielleicht da einmal einzusteigen. Es gibt natürlich Zielkonflikte mit anderen Feldern, die man berücksichtigen muss. Aber vor allem ist Biodiversität kein Phänomen, das man global einmal abbilden kann oder, wie beim Klima, global vereinheitlicht durchmessen kann, sondern es ist in jeder Region unterschiedlich. Es braucht durch die unterschiedlichen Ökosystemarten in jedem Land unterschiedliche Herangehensweisen. Daher haben wir es auf jeden Fall mit einer Komplexität zu tun. Wie lösen wir die nun auf? Ich komme wieder zurück zu einem Punkt, den ich schon genannt habe. Ich denke, wir müssen es mal von der anderen Seite denken. Häufig neigen wir dazu, Biodiversität sehr stark mit Schutzgebieten zu verknüpfen, und dann denken wir, alles ist gelöst, wenn wir die Gebiete unter Schutz stellen. So ist es aber nicht, sondern wir haben die größten Verursacher der Biodiversitätskrise, die im Bericht des Weltbiodiversitätsrats (Intergovernmental Science-Policy Platform



on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) von 2019 sehr gut dargestellt sind. Darin wird sehr klar, welche Sektoren das sind. Die größten Verursacher sind, zusammengefasst für alle, die nicht so im Thema stecken: Landnutzungsänderungen und Nutzungsänderungen im Meeresbereich. Das sind beispielsweise Ausweitungen von Palmöl- oder Sojaproduktion, Kakaoanbau in Monokulturen, Intensivierung in der Landwirtschaft, und das gleiche gilt für die Fischerei in unseren Ozeanen. Das sind die ersten direkten Ursachen für einen Rückgang der globalen Biodiversität. Wenn wir über Priorisierung sprechen, dann müssen wir, meiner Meinung nach, darauf eine große Priorität legen, weil das der größte Hebel ist. Wir müssen schauen, was die entsprechenden Politiken in den Ländern sind, die wir dann unterstützen, und natürlich müssen wir auch bei uns selbst in der Agrar- und Fischereipolitik ansetzen. Das vielleicht zur Priorität. Dann noch eine Möglichkeit, wie wir das Geld in den Entwicklungsländern des Globalen Südens ausgeben. Ganz oft werden Primärprodukte vom Globalen Süden in den Globalen Norden exportiert. Der Globale Süden hat einerseits sozusagen Biodiversität, und andererseits hat er eine Produktionsweise von Primärgütern, die nicht mit den Biodiversitätszielen und häufig auch nicht mit Menschenrechten kompatibel ist und die keinerlei Wertschöpfung im eigenen Land schafft. Diese 3 Komponenten könnte man mit einer guten Entwicklungspolitik schon einmal angehen, indem man dorthin Geld investiert, damit die Wertschöpfungsketten nachhaltiger werden, ein größerer Teil der Wertschöpfung in den Ursprungsländern bleibt und der Anbau natürlich biodiversitätsverträglich stattfindet. Da könnte man zum Beispiel eine Priorität setzen. Dann nochmal zu dem Montreal-Komplex: Die Verhandlungsatmosphäre vor Ort; dazu muss man wissen, dass Montreal ungefähr 4 Jahre lange Diskussionen über dieses Thema vorausgingen. Seit 2018 hatte man sich mit einem neuen Biodiversitätsrahmenwerk beschäftigt. Diese Diskussionen waren ganz schön zäh, und auch noch in Montreal, wie Herr Gesenhues vorhin schon angesprochen hatte, wusste man anfangs nicht, ob wir am Ende mit einem guten Abkommen herausgehen. Da wurde sehr gerungen, und es war relativ überraschend, dass die chinesische Präsidentschaft einen Vorschlag einen Tag, bevor die

COP 15 zu Ende ging, veröffentlichte, - das zur Rolle Chinas in der globalen Umweltpolitik. Dieser Vorschlag war aus unserer Sicht nämlich sehr gut, wenn man die schwierigen Diskussionen im Vorfeld verfolgt hatte. Dieser Vorschlag wurde dann auch ziemlich schnell von allen angenommen. Da hat China sich tatsächlich für eine gute globale Biodiversitätspolitik stark gemacht. Wie das jetzt bei der Umsetzung aussieht, ist eine andere Frage, und da müssen wir stark mit China weiterhin im Dialog sein. Die nationalen Biodiversitätsstrategien in den Ländern sollten wir unbedingt unterstützen, sodass diese schnell upgedatet werden. Dazu können wir natürlich Geld hinschicken, aber wir können auch ganz viel mit Wissensaustausch und -transfer erreichen. Es war gefragt worden, wie machen wir das, wie machen andere Länder das, und wie kommen wir möglichst schnell zu Ergebnisse. Dazu kann man vielleicht bestimmte Dinge, wie das Peer-Review, mit einer Gruppe von Ländern testen. Da sind Biodiversitäts-Partnerschaften und regelmäßiger Austausch total wichtig. Zur Energiepolitik der Bundesregierung, ich möchte ehrlich gesagt diese Frage an meine zuständigen Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Wir haben beim NABU ein ganzes Team, das zur Klima- und Energiepolitik in Deutschland arbeitet. Da fühle ich mich nicht als Expertin, um das zu beantworten, aber kann ich dies gerne im Nachgang an meine Kollegenschaft weitergeben. Dann gab es noch die Frage, wie wir die Menschenrechte besser berücksichtigen können. Auch da stecke ich nicht so im Detail drin, aber ganz wichtig ist die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, mit NGOs und mit Organisationen der indigenen Völker. Man muss ganz genau schauen, wem man solche Projekte überlässt und wer dann als Akteur eingebunden ist, damit sichergestellt ist, dass die Rechte aller berücksichtigt sind. Danke schön.

Der Vorsitzende: Ich glaube, wir haben weitgehend alle Fragen beantwortet. Auf meiner Liste sehe ich noch das Thema Senegal. Frau Trapp, da sind Sie nicht weiter drauf eingegangen. Vielleicht wollen Sie dazu noch etwas sagen. Wenn Entwicklungsländer selbst Einkommen haben, dann können sie auch etwas mehr machen, z.B. beim Biodiversitätsschutz oder bei Schutzgebieten. Dann haben wir noch offen gehabt Biodiver-



sitätsgesetz, das war die Frage von Frau Möhring und was passiert, wenn 30 % im Land schon überschritten sind. Vielleicht können Sie das noch kurz aufgreifen, dann ist die Runde komplett.

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Genau ehrlich gesagt, die Frage zum Senegal habe ich nicht mitbekommen, können Sie die kurz wiederholen?

Der Vorsitzende: Es wurde erwähnt, der Senegal hat ein Gasfeld vor seiner Küste, was er erschließen kann. Im Augenblick baut der Senegal aber ein gebrauchtes Kohlekraftwerk aus Indien auf, was natürlich enorme Umweltverschmutzung mit sich bringt. Wäre es nicht sinnvoller, ein Gaskraftwerk zu bauen, und bringt das nicht mehr Entlastung und auch Einkommen für den Senegal im Sinne der Biodiversität?

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Das mag sein, aber ich möchte darauf hinweisen, dass die EZ-Gelder das Pariser-Abkommen für den Klimaschutz und das neue Montreal-Abkommen mit den entsprechenden Zielen berücksichtigen müssen. Das sollte vielleicht jemand, der sich damit noch mehr auskennt, beurteilen, das kann ich jetzt nicht spontan. Zur Biodiversität leistet das aber definitiv keinen Beitrag, ich kann jedenfalls keinen sehen. Ich möchte dann tatsächlich noch einmal auf den Punkt zurückkommen, dass man eher schauen sollte, mit den EZ-Geldern solche Projekte zu fördern, die mehrere Ziele gleichzeitig erreichen und wo es keine Zielkonflikte gibt. Es gibt viele Maßnahmen, Aktionen, Möglichkeiten und Sachen, die man tun kann, bei denen Biodiversitäts- und Klimaziele sowie der Verbleib der Wertschöpfung im eigenen Land gleichzeitig gefördert werden. Ich finde, das sollte eine Priorität sein, dass wir Gelder, die in andere Länder vergeben werden, auf diese Ziele einzahlen. Und wenn es Zielkonflikte gibt, dann wäre ich da kritischer. Ich hoffe, das beantwortet die Frage. Dann war die Frage zum Biodiversitätsgesetz. Da sind wir als NABU auch erst eingestiegen und machen uns Gedanken darüber, wie die nationale Biodiversitätsstrategie und der Aktionsplan, die relativ unverbindlich sind, eine Grundlage für mehr Verbindlichkeit bekommen können.

Wir haben die große Sorge, dass die Biodiversitätsziele wieder gerissen werden, so wie es uns schon in der letzten Dekade passiert ist. Das können wir uns einfach nicht leisten, und daher müssen wir schauen, wie wir hier etwas mit stärkeren, schärferen, politischen und gesetzlichen Möglichkeiten machen können. Habe ich Ihre Frage richtig verstanden, was unterhalb von einem anderen Gesetz gegebenenfalls möglich wäre.

Abg. Cornelia Möhring (DIE LINKE.): Ja, welche anderen gesetzlichen Rahmenwerke Sie für möglich halten.

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Ich glaube schon, dass ein Gesetz das gut bündeln würde. Das Mainstreaming in allen Politikbereichen muss sowieso passieren, und es muss schon von vorneherein eine Abstimmung in den verschiedenen Sektorpolitiken geben. Ein übergeordnetes Biodiversitätsgesetz könnte das vielleicht bündeln, denn sonst ist alles sehr verteilt und zerfleddert. Und die letzte Frage war die Überschreitung von „30 by 30“; das ist natürlich kein Problem, das ist sogar gut. Dennoch sollte die bloße Erreichung nicht rechtfertigen, dass man weiter Regenwälder abholzt. Es gibt Regionen auf dieser Welt, die sind biodiversitätsreicher als andere. Wenn das Land dann „30 by 30“ überschritten hat und dann eigentlich gerne Palmöl nach Deutschland exportieren und dafür den verbliebenen Regenwald abholzen möchte, dann müsste man sagen, dass wir dieses Palmöl nicht importieren. Außerdem sollten wir mit Instrumenten, die schon angesprochen wurden, wie „payments for ecosystem services“, in diesen Ländern Anreize schaffen, damit der Wald nicht abgeholzt wird.

Der Vorsitzende: Da wir noch 1 bis 2 Minuten Zeit haben, schlage ich vor, dass Herr Prof. Rocholl noch ein kurzes 1-minütiges Schlussstatement macht, und Frau Trapp dann auch noch eine Minute hat. Zum Abrunden des Ganzen.

Prof. Jörg Rocholl (Präsident ESMT Berlin und Professor für Sustainable Finance): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte jetzt abschließend



3 zufällige Punkte aus dem, was ich geschrieben habe, in den Mittelpunkt stellen, und die fangen alle mit „I“ an. Als erstes steht da „Internalisierung“ und damit die Frage, wie kann in dem Preismechanismus internalisiert werden, dass wirtschaftliches Handeln negative Auswirkungen auf die Biodiversität hat und dass diese Verluste dann auch berücksichtigt werden. Der zweite Punkt ist „Interdisziplinarität“. Ganz zentral ist, dass die Naturwissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und auch die Sozialwissenschaften eng zusammenarbeiten, um Lösungen zu bekommen. Dazu gehört natürlich der enge Austausch mit der Politik, mit der Wirtschaft und der weiteren Gesellschaft, weil dieses umfassende Thema wird nicht von einzelnen Disziplinen alleine gelöst werden. Und der dritte Punkt ist die „Internationalisierung“. Das ist gerade wichtig, wenn man betrachtet, dass die besonders schützenswerten Gebiete im Globalen Süden sind. Da ist die internationale Zusammenarbeit, auch hier im AwZ, von zentraler Bedeutung. Auch die Frage, wie Mechanismen entwickelt werden können, die im partnerschaftlichen Zusammenwirken dazu führen, dass es nicht zu einem weiteren Verlust der Biodiversität kommt, setzt voraus, dass die internationale Dimension eine große Bedeutung erhält. Das heißt aber nicht, dass man in Deutschland nichts machen müsste. Die internationale Glaubwürdigkeit ergibt sich nur dadurch, dass man die Inhalte auch nach innen umsetzen kann. Also, diese 3 Punkte wären aus meiner Sicht zentral.

Magdalene Trapp (NABU-Expertin für internationale Biodiversitätspolitik): Überraschung, ich habe auch 3 Punkte. Aus meiner Sicht ist ganz wichtig: 1.) dass diese finanziellen Beiträge rasch verfügbar gemacht werden, und wir unseren Beitrag entsprechend erhöhen, so wie es im Abkommen festgelegt ist. 2.) dass wir die Montrealer Beschlüsse als einen Kompass für die deutsche EZ sehen und wir unsere Aktionen und Förderungen danach ausrichten. Und 3.) dass wir die Treiber, und auch die verschiedenen Sektoren, die den Biodiversitätsverlust verursachen, in die Pflicht nehmen. Wir können hier mit einem Biodiversitätsgesetz international zum Vorbild werden. Alle Punkte hatte ich schon genannt. Ich hoffe, wir können jetzt entschlossen losgehen und Vorbild sein. Ganz herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank an unsere beiden Sachverständigen; es war sehr interessant. Schön, dass Sie bei uns waren, Herr Prof. Rocholl und Frau Trapp. Sie können der Anhörung gerne weiter beiwohnen, aber Sie dürfen natürlich auch, wenn es Ihr Terminplan nicht zulässt, den Saal verlassen.

Nun kommen wir zum Themenblock 2: „Wie kann die Umsetzung des globalen Schutzziels unter Einbindung der Regierungen und direkt Betroffenen sowie weiterer Stakeholder im Globalen Süden gelingen?“ Dazu haben wir weitere Experten, die zugeschaltet sind. Da müssen wir zuerst abfragen, ob sie bei uns sind und uns hören können. Das ist zunächst Herr David Niyonsaba. Er ist aus Ruanda und von dort zugeschaltet aus dem Prime Biodiversity Conservation Center. Können Sie mich hören, Herr Niyonsaba?

David Niyonsaba (Prime Biodiversity Conservation): Ja, ich kann Sie hören.

Der **Vorsitzende**: Das klappt schon einmal wunderbar. Der zweite SV ist Dr. Christof Schenck, den wir schon gesehen und vorgestellt haben; er sitzt bei uns im Saal. Schön, dass Sie da sind. Und Frau Jocelyne S Sze, hoffentlich sage ich das richtig. Sie sind PhD Researcher und uns über Zoom zugeschaltet. Wir fragen also: Können Sie uns hören?

Jocelyne S Sze (PhD researcher): Hallo, ich kann Sie sehen.

Der **Vorsitzende**: Wunderbar, dann beginnen wir mit den 5-minütigen Eingangsstatements. Daran schließt sich die erste 3-minütige Fragerunde der Abg. an. Wir beginnen mit Herrn David Niyonsaba aus Ruanda.

David Niyonsaba (Prime Biodiversity Conservation): Nun, vielen Dank für die Einladung. Es war sehr gut, an der vorherigen Diskussion in Block 1 teilzunehmen, und ich danke meinen Vorrednern für ihre guten Ideen und Gedanken. Zunächst möchte ich der deutschen Regierung für ihr Engagement und ihre Führungsrolle bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt und bei der Bekämpfung des Klimawandels im Allgemeinen danken. Die historische Vereinbarung, bis 2030



weltweit mindestens 30 % der Landflächen unter Schutz zu stellen, wäre nicht zustande gekommen, wenn die deutsche und die ruandische Regierung nicht gemeinsam die Verhandlungen in Montreal vorangetrieben hätten, insbesondere im Finanzbereich. Die Vereinbarung der Regierungen in Montreal, die Wiederherstellung der Natur zu beschleunigen und den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen, wurde sehr begrüßt, insbesondere von den Ländern des Globalen Südens, die in der Vergangenheit die größte Last bei der Erhaltung der Biodiversität zu tragen hatten, obwohl die Vorteile weltweit gelten und geteilt werden. Die Vereinbarung, bis 2030 30 % des Landes und 30 % der Meere zu schützen, ist inzwischen eine gemeinsame Verpflichtung des Globalen Südens und des Globalen Nordens. Schon vor der COP 15 haben Länder wie Ruanda ihr Engagement und die Dringlichkeit für den Schutz und die Wiederherstellung von Gebieten mit hoher biologischer Vielfalt unter Beweis gestellt. So hatte Ruanda bereits vor der COP 15 damit begonnen, den Volcanoes-Nationalpark um etwa 23 % zu erweitern und seine Fläche um 37,4 Quadratkilometer zu vergrößern, um die Zukunft der Berggorillas zu sichern. Gleichzeitig hat Ruanda bis zum Jahr 2022 dynamische Feuchtgebiete aus integrierten Feuchtgebieten in einen Öko-Park für Bildung und Erholung umgewandelt, indem 17.000 Bäume von 55 einheimischen Arten gepflanzt wurden. Als zivilgesellschaftliche Organisation haben wir gelernt, dass der Schutz der biologischen Vielfalt ohne die Beteiligung der Bevölkerung nicht möglich ist. Ruanda ist ein Beispiel dafür, wie das Engagement der Gemeinschaft - vom Tourismus über das Wohnen bis hin zur Erhaltung der Gemeinschaft und die Einbeziehung von Initiativen, die den Menschen zugutekommen - zum Schutz der biologischen Vielfalt beitragen kann. Um „30 by 30“ zu erreichen, müssen wir harte und schmerzhaft Entscheidungen treffen. Das bedeutet, dass sich unser Lebensstil ändern wird, von der Kleidung über den Verkehr bis hin zum Energie- und Lebensmittelverbrauch. Vor allem für den Globalen Süden bedeutet das, dass Kleinbauern davon überzeugt werden müssen, die Landwirtschaft in Feucht- und Sumpfgebieten aufzugeben. Dort können sie das Wasser zur Bewässerung nutzen, und die Landwirtschaft stellt die einzige Nahrungs- und Einkommensquelle dar. Wir konnten

diese Kleinbauern davon überzeugen, keinen Baum mehr für Brennholz, ihre einzige Energiequelle, zu fällen. Diese schmerzhaften Entscheidungen müssen vom Globalen Süden getroffen werden, und wir glauben, dass auch der Globale Norden mehr und Besseres tun kann, nicht nur bei der Finanzierung des Globalen Südens, sondern auch bei der Reduzierung oder Einstellung von Aktivitäten, die der biologischen Vielfalt schaden. Das gilt auch bei der Änderung von Konsummustern, die enorme Auswirkungen auf den Erhalt der Biodiversität haben. Außerdem sind wir der Meinung, dass der Globale Norden auf Dialoge drängen sollte, die eine effiziente Nutzung der Biodiversität und die natürlichen Ressourcen fördern, insbesondere in den Bereichen Energie und Produktion. Der Globale Süden wäre in der Lage, die Ziele und Meilensteine für 2030 umzusetzen. Es werden dazu mehr Finanzmittel benötigt. Ich weiß, dass es eine variable Finanzierung gab, und wir schätzen den finanziellen Beitrag der deutschen Regierung. Wir sind allerdings auch davon überzeugt, dass die finanzielle Lücke immer noch riesig ist, von den benötigten 700 Mrd. USD sind jetzt 25 Mrd. USD bis 2025 und 30 Mrd. USD bis 2030 zugesagt. Wir sind der Meinung, dass die deutsche Regierung ihren Einfluss geltend machen kann, um den Beitrag des Privatsektors zu erhöhen und die EU davon zu überzeugen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen und technologisches Wissen weltweit zu teilen. Damit der Globale Süden die Ziele und Meilensteine für 2030 umsetzen kann, ist außerdem der Zugang zu verfügbaren Finanzmitteln erforderlich. Die Länder des Globalen Südens sollten nicht fragen müssen, wie sie Zugang zu Finanzmitteln erhalten können, was in der Regel das Hauptproblem bei Finanzmitteln ist. Für die Länder des Globalen Südens ist es sehr schwierig, Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten. Die Länder des Globalen Nordens sollten sich fragen, wie sie die Länder des Globalen Südens beim Schutz der biologischen Vielfalt, die wir alle teilen, unterstützen können. Ich bin so froh, dass das über die Fragen und die Vorredner bereits angesprochen wurde. Um also „30 by 30“ zu erreichen, müssen die Akteure des Globalen Südens stärker einbezogen werden und man muss ihnen zutrauen, dass sie ihr Wissen weitergeben und die bestehenden Strategien, Gesetze und Systeme nutzen können. Projekte und Programme



können über einen Dialog, den die zivilgesellschaftliche Organisation, die Regierung und die bestehende Finanzierung eingerichtet haben, finanziert und umgesetzt werden, ohne dass eine Bank oder die VN eingeschaltet werden müssen, um die Nachhaltigkeit der Mechanismen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu gewährleisten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Sie haben große Fragen aufgeworfen. Wir müssen leider auf die Zeit schauen und zum nächsten Experten kommen. Ich würde jetzt das Wort Herrn Dr. Christof Schenck erteilen.

Dr. Christof Schenck (Geschäftsführer ZGF): Herzlichen Dank für diese spannende Debatte. In Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages möchte ich erklären, dass ich für die ZGF arbeite und diese Gesellschaft Kooperationsprojekte mit Förderungen vom BMZ und dem BMUV durchführt. Ich möchte auch erklären, dass wir eine gemeinnützige und eine Non-Profit-Organisation sind. Ich glaube, es ist ganz wichtig, sich die Dimension der Krise vor Augen zu halten. Frau Trapp hatte es gesagt, eine Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht. Der auch zitierte Weltbiodiversitätsrat hat gesagt, 80 % der SDGs und das 1,5-Grad-Ziel werden nicht erreichbar sein, wenn wir das Abrutschen der Biodiversität nicht aufhalten. 6 von 9 planetaren Belastungsgrenzen sind jetzt schon überschritten. Wir haben Gebiete, wie den Amazonas, wo wir uns mit hoher Geschwindigkeit einem Kipppunkt nähern, der zu einer Selbstentwaldung des gesamten Amazonasgebietes, mit unvorstellbaren Folgen für das gesamte Weltklima und für die Biodiversität, führen kann. Die Dimension ist nicht ausreichend erkannt, und das sehen wir auch bei den Maßnahmen, die ergriffen werden. Wir haben jetzt einen guten Rahmen von Montreal, mit 30 % Schutzgebieten an Land und in den Meeren. Aber überlegen Sie sich einmal, wenn man Yellowstone als den ersten Nationalpark der Welt vor 151 Jahren nimmt, dann haben wir in dieser Zeit ungefähr 16 % der Landfläche unter Schutz gestellt. Und jetzt wollen wir in 8 Jahren eine Verdopplung erreichen. Das zeigt, wie groß die Dimension ist. Die Frage heißt nicht, ob wir das können, sondern wir müssen es tun, um die

destabilisierten Ökosysteme wieder so zu stabilisieren, dass sie dauerhaft die Leistungen für uns erbringen können, von denen wir so stark abhängen. Wenn Sie sich das vor Augen halten, dann muss man sagen, dass die finanziellen Entscheidungen in keinem Verhältnis dazu stehen, was eigentlich die Aufgabe ist, die vor uns liegt. Wir haben von 1,5 Milliarden Biodiversitätsmitteln aus Deutschland gesprochen, die 2025 zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Weg dahin ist noch nicht klar. Das ist eine Verdoppelung der Mittel, und das ist außerordentlich lobenswert. Da ist Deutschland ein Vorreiter, denn es gibt keinen, der so viel zahlt. Das sind 0,3 % des Bundeshaushaltes. Stellen Sie sich vor, Sie haben ein Feuer in Ihrem Wohnzimmer, oder in der genetischen Küche, und Sie haben 300 Liter Wasser zur Verfügung, aber Sie nehmen nur eine einzige Flasche Wasser, um das Feuer zu löschen und Ihr Haus zu retten. Das steht in keinem Verhältnis. Wir wenden 50 Milliarden für die Verteidigung unserer Demokratie, Rechte und Freiheiten auf. Warum spricht niemand über 15 Milliarden für die Verteidigung der grundsätzlichen Lebensgrundlage von uns allen auf diesem Planeten? Das wären die Dimensionen, die angebracht wären für die viertgrößte Volkswirtschaft dieser Erde und für die enorm große Aufgabe, die vor uns liegt. Dabei geht es nicht nur um die Quantität der Mittel, sondern auch um die Qualität. Wir brauchen dringend eine Reform der Verausgabung der Mittel der EZ. Wir haben eine unglaubliche administrative Belastung, und wir haben sehr schlechte Burn-Rates, also sehr schlechte Ausgabe- und Umsetzungsgeschwindigkeiten in manchen Bereichen. Wir haben auch gute und innovative Ansätze, wie den Legacy Landscapes Fund (LLF), der erstmals eine langfristige dauerhafte Finanzierung für Schutzgebiete darstellt. Der Fonds ist auf die Ewigkeit angelegt, aber die Finanzierung ist außerordentlich volatil und immer nur sehr kurzfristig gewährleistet. Der LLF muss also deutlich aufgestockt werden. Dieser Fonds ist insofern interessant, weil er auch sehr stark private Mittel hebelt. Wir hören das immer wieder, dass wir auch die privaten Mittel brauchen. Wir brauchen, und das ist ein weiterer Punkt, den Abbau der umweltschädlichen Subventionen von 65 Milliarden. Wir müssen unseren eigenen ökologischen Fußabdruck reduzie-



ren. Wir müssen in der nationalen Biodiversitätsstrategie unbedingt den internationalen Bereich ganz massiv berücksichtigen, und das Biodiversitätsgesetz ist hier eine gute Idee. Ein Interdisziplinärer Biodiversitätsrat, angedockt direkt ans Kanzleramt, wäre die Dimension, die wir dem Thema zuerkennen müssen. Das würde dem „whole of government approach“ entsprechen, der in der CBD gefordert wird. Von Herrn Prof. Rocholl haben wir schon gehört, und deswegen führe ich das nur als letzten Punkt an, dass wir eine Regulatorik für Wirtschaft und Finanzen brauchen. Wir brauchen die Internalisierung der externen Kosten. Das ist der einzige Weg, der uns wirklich nachhaltig in die Zukunft führt. Wir müssen wegkommen von dem Greenwashing, wie wir das zum Teil auch bei den CO₂-Zertifikaten sehen, und wir müssen die lokale Bevölkerung und die indigenen Völker unbedingt mit hinein nehmen. Das ist ein Kernpunkt für den Erfolg.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Schenck. Wir kommen damit zu Frau Jocelyne S Sze.

Jocelyne S Sze (PhD Researcher): Ich danke Ihnen für die Einladung, und ich danke auch dem Dolmetsch-Team, das uns ermöglicht, den Beratungen zu folgen. Ich forsche an der Universität Sheffield in Großbritannien (GB) und untersuche den Beitrag indigener Gebiete zu den Erhaltungszielen. Ich werde mich auf die Schlüsselfragen konzentrieren, die meiner Meinung nach bei der Umsetzung von Projekten zur Erreichung der Ziele des kürzlich vereinbarten globalen Rahmens für die biologische Vielfalt nach 2020 berücksichtigt werden müssen. Das gilt insbesondere, wenn sie Land betreffen, das traditionell von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften genutzt und verwaltet wird oder sich in ihrem Besitz befindet. Bei Schutzgebieten handelt es sich in der Regel um klar abgegrenzte geografische Gebiete, die per Gesetz zum Schutz bestimmter Arten, Land- oder Meeresgebiete verwaltet werden, und sie stellen das wichtigste Instrument der Naturschutzpolitik dar. Die Einrichtung dieser Schutzgebiete hat jedoch auch zur Zwangsumsiedlung menschlicher Gemeinschaften oder zur Einschränkung ihres Zugangs und ihrer Nutzung der natürlichen Ressourcen in den neu geschaffenen Schutzgebieten geführt.

Denn die meisten Schutzgebiete wurden erst geschaffen, nachdem menschliche Gemeinschaften - ob indigen oder nicht - das Land besiedelt hatten. Viele Schutzgebiete in Afrika südlich der Sahara und in Südasien werden vom Militär des jeweiligen Staates, von privaten Militärs oder von ausgebildeten bewaffneten Rangern bewacht, wodurch die Einschüchterung oder die Anwendung von Gewalt durch das Parkpersonal gegenüber diesen lokalen Gemeinschaften erleichtert wird. Zu den jüngsten Fällen, die die Aufmerksamkeit der Medien erregten, gehören außegerichtliche Prügelstrafen, Folter, Vergewaltigung und Tötung durch Rangern in mehreren Nationalparks in Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, Indien und Nepal. Die Einrichtung von Schutzgebieten führte zu lang anhaltenden sozialen Ungerechtigkeiten für die Gemeinschaften, die seit langem in diesen Gebieten leben und sie bewirtschaften, da sie keinen Zugang zu ihren heiligen Stätten mehr haben, ihre traditionellen spirituellen Praktiken nicht mehr ausüben können und nicht mehr in der Lage sind, gesunde, nahrhafte Lebensmittel oder Heilpflanzen zu ernten. Diese Praktiken haben zu einem Misstrauen der lokalen Gemeinschaften gegenüber dem Naturschutz geführt. Obwohl in der Naturschutzpolitik inzwischen anerkannt wird, dass die Ausweisung von Schutzgebieten auf von indigenen Völkern genutztem Land schwerwiegende Folgen haben kann, müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen und gerechtere Formen der Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften zu schaffen. Neben der Einholung der freien, vorherigen und auf Kenntnis der Sachlage gegründeten Zustimmung vor der Durchführung von Projekten muss der Aufbau von Vertrauen für erfolgreiche Partnerschaften damit beginnen, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften als Inhaber von Wissen und als Inhaber von Rechten anerkannt und respektiert werden, die gleichberechtigten und uneingeschränkten Zugang zur Teilnahme an allen Diskussionen und Entscheidungsprozessen haben, die ihr Land betreffen und zwar nach einem auf Rechten basierenden Ansatz. Es hat sich gezeigt, dass Gebiete, die traditionell von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften ge-



nutzt oder verwaltet werden oder sich in ihrem Besitz befinden, häufig bessere ökologische Ergebnisse aufweisen als nicht geschützte Gebiete und in einigen Fällen sogar besser als früher gesetzlich geschützte Gebiete. Gemeinden mit sicherem Landbesitz verzeichnen auch bessere ökologische und soziale Ergebnisse als Gemeinden ohne Landbesitz. Der Erfolg von Schutzprojekten mit Beteiligung der Gemeinden ist sehr unterschiedlich und auch die Art und Weise, wie die Beteiligung an Erhaltungsprojekten erreicht wird, variiert. Insgesamt sind Projekte, bei denen die Gemeinden eine starke Entscheidungsbefugnis haben, im Allgemeinen jedoch sehr erfolgreich.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Sze. Damit kommen wir zur Fragerunde. Bitte sagen Sie auch jeweils, an wen Sie die Frage richten. Für die SPD beginnt Abg. Dr. Diaby.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD): Danke, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist gesagt worden, und das ist ganz wichtig, dass wir für die Umsetzung der „30 by 30“-Ziele die Einbeziehung der indigenen Bevölkerung und die Communities vor Ort brauchen. Das wurde von allen Referentinnen und Referenten deutlich gemacht. Die Landrechte und Lebensräume dieser Menschen und die Schutzgebiete wurden auch als Themen aufgeworfen. Gleiches gilt für die Kleinbäuerinnen und -bauern, die beispielsweise von der Abholzung zur Nutzung von Feuerholz als Energiequelle leben. Meine Frage geht an Sie, Herr Niyonsaba. Welche Erwartungen haben Sie an uns und die Länder des Globalen Nordens, und wie können wir Staaten wie Ruanda bei der Umsetzung der Montreal-Beschlüsse unterstützen? Welche Strategien empfehlen Sie der deutschen Entwicklungspolitik hinsichtlich der Biodiversitätsprojekte vor Ort, und wie kann die Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgen? Es wurde mehrfach deutlich gemacht, dass die Zivilgesellschaft eine Rolle spielt. Wie kann außerdem die Jugend und die indigene Gemeinschaft einbezogen werden? Wie geht Ruanda konkret mit dem sogenannten „Trade-Off“ der neuen Schutzflächen um. Welche Alternativangebote können den Gemeinden, die ihren Lebensunterhalt mit Anbau, Abholzung oder Fischerei bestreiten, für die Zukunft gemacht werden? Dabei

denke ich an Menschenrechte, und Frau Sze hat Beispiele genannt von Ländern, deren Umgang mit der Bevölkerung und den Interessengruppen vor Ort leider kritisch zu betrachten sind. Die letzte Frage gehe daher an Frau Sze.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU stellt die Fragen Abg. Dr. Stefinger.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte beginnen mit Fragen an Herrn Niyonsaba. Sehen Sie einen Konflikt zwischen dem Thema Landwirtschaft und Ernährung, wenn es darum geht, Unabhängigkeit bei der Lebensmittelversorgung zu erreichen und gleichzeitig Landflächen zu schützen? Wie beurteilen Sie die Lage in den verschiedenen afrikanischen Ländern konkret? In welchem Land sehen Sie einen besonderen Nachholbedarf, was das Thema Landflächenschutz betrifft? Sie hatten, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ein paar Mal erwähnt, dass insbesondere der Globale Norden aktiver werden muss. Mein konkrete Frage: Wie sehen Sie die Rolle Chinas bei diesem Thema, nachdem die Volksrepublik China auf dem afrikanischen Kontinent unterwegs ist? Werden hier entsprechende Gespräche von afrikanischer Seite geführt? Eine Frage an Herrn Dr. Schenck. Sie hatten die Qualität der Verausgabe in der EZ angesprochen, die man sich noch einmal genauer anschauen sollte. Könnten Sie da ein paar Beispiele bringen, wo Sie der Ansicht sind, dass man vielleicht sparen und das Geld woanders besser investieren könnte? Mich würde auch Ihre Einschätzung im Hinblick auf China interessieren. Ich bin bei verschiedenen Reisen immer wieder mit der Aussage konfrontiert worden, wenn europäische Länder kommen, werden wichtige Themen wie Menschenrechte, Biodiversität, Umweltschutz, Klimaschutz etc. angesprochen, und daran werden auch die Investitionen beziehungsweise die Entwicklungsgelder gekoppelt. Dann wird häufig ergänzt, China fragt nicht danach. Wie kann man als deutscher Entwicklungspolitiker mit dem Thema umgehen? China fragt nicht bei solchen Themen, die uns wichtig sind, nach, sie investieren einfach, und die Regierungen nehmen das Geld sehr gerne an.

Der **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



ist nun Abg. Dr. Gesenhues an der Reihe.

Abg. **Dr. Jan-Niclas Gesenhues** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich möchte zur Diskussion zum Biodiversitätsgesetz gerne noch sagen, dass die EU gerade eine Initiative auf den Weg gebracht hat, ein europäisches „restoration law“, und dessen Umsetzung kann eine Blaupause für ein Biodiversitätsgesetz sein, das muss also nicht in jedem Land neu erfunden werden. Es ist ein spannender Inhalt von solchen Biodiversitäts-Partnerschaften, dass es eben nicht nur Strategien sind, sondern hier wird auch entsprechend rechtlich abgesichert, und dabei arbeitet man international eng zusammen. In Deutschland haben wir nur 17 % Schutzflächen, wir sind also von 30 % weit weg und haben noch selbst einige Hausaufgaben zu machen. Aber zurück zum Thema, das wir hier haben. Für die grüne Bundestagsfraktion ist das, was vorhin angesprochen wurde, ganz entscheidend, nämlich die frühzeitige, freie und informierte Übereinstimmung von indigenen und lokalen Gemeinschaften bei Naturschutzprojekten und die Berücksichtigung der ILO 169. Ich glaube, dass das „30 by 30“-Ziel mit dem klaren Bekenntnis zur Einbeziehungen indigener Völker schon eine Grundlage legt. Dazu würde ich gerne eine Frage an die Frau Sze stellen. Inwiefern sind Sie der Auffassung, dass mit dem Montreal-Abkommen ein Grundstein gelegt worden ist für die freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC), oder sind darüber hinaus weitere Anstrengungen notwendig? Wie beurteilen Sie das Abkommen in dieser Hinsicht? An Herrn Schenck würde ich gerne auch eine Frage stellen. Es gibt multilaterale Schutzprojekte, das Weddellmeer ist so ein Beispiel, wo man ein riesiges Schutzgebiet in internationaler Zusammenarbeit errichten könnte. Wir sprechen immer sehr viel über nationale Schutzgebiete. Wie können wir aber zusammenarbeiten, um in anderen Ländern Schutzgebiete zu organisieren, und dann natürlich auch bei uns selber? Ich finde es einen spannenden Ansatz, zu schauen, wie wir als Staatengemeinschaft zusammenarbeiten können, um ökologisch höchstwertige Regionen in dieser Welt zu schützen? In den Meeresregionen, als Verbündete für den Klimaschutz, sind die Kinderstuben für alle Meereslebewesen. Dazu haben wir heute noch nichts ge-

hört. Welche Potenziale sehen Sie für multilaterale Schutzgebiete, und kann Montreal dafür auch Rückenwind geben?

Der Vorsitzende: Für die FDP spricht nun Abg. Gerschau.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Ich möchte die erste Frage den indigenen Völkern widmen. Es gibt positive Beispiele: Die Massai zeigen im grenzübergreifenden Landbereich Tansanias und Kenias schon seit Jahrhunderten einen intelligenten Umgang des Menschen mit Tieren und Natur. Welche Rolle spielen Rechtssicherheit und Landrechte für indigene Gemeinschaften in Bezug auf den Biodiversitätsschutz? Welche alternativen Schutzkonzepte gibt es, und welche politischen und rechtlichen Voraussetzungen braucht es dafür? Als Stichworte nenne ich hier partizipative Planung, Community-Management und Stärkung indigener Landrechte. Zum Spannungsfeld Naturschutz und Menschenrechte möchte ich ebenfalls eine Frage stellen. Welche Menschenrechtsverletzungen sind im Schutzgebietsmanagement bekannt, und welche Mechanismen greifen, wenn Menschenrechtsverletzungen stattfinden? Dann habe ich noch eine letzte Frage, wobei ich nicht weiß, wer sie beantworten kann oder möchte. Aber ich trage sie trotzdem vor, weil sie wichtig ist. In welcher Weise können innovative Finanzierungsmodelle, wie Fonds und Stiftungen, zur nachhaltigen Finanzierung von Schutzkonzepten dienen? Danke schön.

Der Vorsitzende: Von der AfD Abg. Friedhoff.

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Die erste Frage richtet sich an alle Teilnehmenden, denn ich habe ein Verständnisproblem. Warum wird die indigene Bevölkerung überhaupt aus diesen Gebieten herausgedrückt? Ich habe das Verständnis von indigener Bevölkerung, dass gerade diese Menschen, Sie haben die Massai erwähnt, in Einklang mit der Natur leben. Das sind genau die, so wie ich das ja auch von den Natives in den Vereinigten Staaten von Amerika (United States of America, USA) weiß, die nie mehr nehmen, als sie zurückgeben. Da wurde gerade die spirituelle Medizin erwähnt und so weiter. Warum lässt man die nicht dort? Das Spannungsfeld verstehe



ich noch nicht ganz. Warum drückt man bewusst die indigene Bevölkerung aus ihren eigenen Gebieten, die eigentlich positiv für diese Natur sind? Ich war im Serengetipark, und da habe ich beobachtet, da gibt es diese Wanderungen der Tiere im Kreislauf, und da ist Wasser als Ressource ein ganz wichtiges Hauptmerkmal. Hier kommt es auch zum Spannungsfeld der Bevölkerungsdynamik in Bezug zum Wasserverbrauch usw. Inwieweit spielt die Ressource Wasser eine Rolle, und wie wird die geschützt? Das ist auch der Kampf der Menschen gegen die Tiere, die beide großen Bedarf haben. Wenn sich der Wasserverlauf komplett ändert, dann hätte das gravierende Auswirkungen auf die Tiere vor Ort. Das Thema Wilderei kann man auch im Serengetipark beobachten. Das schwarze Nashorn war praktisch tot, und jetzt gibt es wieder 70. Welchen Einfluss hat die Wilderei nach wie vor in diesen Gebieten? Spielt das auch mit in das ganze Protokoll hinein? Danke schön.

Der Vorsitzende: Als letzte Rednerin kommt jetzt noch Abg. Möhring von DIE LINKE..

Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich habe Fragen an Frau Sze. Ich bin interessiert an Ihrer Beurteilung der Ergebnisse der COP 15, bezogen explizit auf die Regelungen zur Anerkennung von indigenen Frauen und lokalen Gemeinschaften. Können wir da nach Ihrer Ansicht auch von einem Paradigmenwechsel reden? Es müssen hier nicht nur die Rechte, sondern auch die Rolle, das Wissen und das kollektive Handeln beim Erhalt der Biodiversität anerkannt werden? Meine Hauptfrage schließt an diese These an. Wenn das so ist, welche praktischen Folgen hat so ein Paradigmenwechsel, und wo sehen Sie die Haupthindernisse in der Umsetzung? Sie haben in Ihren Forschungsarbeiten das schon angedeutet, denn Sie haben untersucht, in welchen Gebieten Naturschutz besonders gut gelingt. Ich wollte Sie bitten, kurz zusammenzufassen, wo nach Ihren Erkenntnissen der Naturschutz besonders gut funktioniert, und welche Voraussetzungen braucht es dafür auf jeden Fall?

Der Vorsitzende: Dann sind wir am Ende der ersten Fragerunde, und wir beginnen mit der Beantwortung der Fragen. Ich würde es gerne umge-

kehrt machen, dass wir also mit Frau Sze beginnen, und Sie haben 7 Minuten Zeit.

Jocelyne S Sze (PhD Researcher): Vielen Dank für die Fragen. Ich denke, die erste Antwort bezieht sich auf die Frage, wie die Ergebnisse der COP 15 sind und wie wir sie bewerten. Ich glaube, dass es der COP 15 unter anderem gelungen ist, die Anerkennung der indigenen Völker in den lokalen Gemeinschaften zu erreichen und ihren Beitrag zur Natur in das Übereinkommen von Montreal aufzunehmen. Das ist ein guter Schritt, denn jetzt ist das sozusagen explizit da. Ob das dann tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel führt, muss sich meiner Meinung nach erst noch zeigen. Seit der Entscheidung des Durban Court 2003, als indigene Völker und lokale Gemeinschaften darauf gedrängt hatten, dass ihre Rechte und ihr Beitrag anerkannt werden, hat ihre Naturschutzgemeinschaft von einem Paradigmenwechsel gesprochen, aber in den vergangenen 20 Jahren hat sich nicht viel geändert. Ich denke, wir müssen abwarten, wann die Länder diese Ziele umsetzen, wie sie es tun und ob die Rechte der lokalen Bevölkerung bei der Umsetzung dabei tatsächlich respektiert werden; dann können wir feststellen, ob es wirklich einen Paradigmenwechsel gegeben hat. Aber es gibt sicherlich viel mehr verbale Anerkennung dafür, welchen Beitrag diese Menschen leisten, und sie beteiligen sich an den Diskussionen über die Erhaltung. Was den Erfolg des Naturschutzes anlangt: Ausgehend von meinen Forschungen betrachte ich Muster auf globaler Ebene und habe festgestellt, dass bei sich überschneidenden Gebieten, also indigenes Land, das historisch oder gegenwärtig von indigenen Völkern verwaltet wurde, mit Schutzgebieten, die höchste Waldintegrität besteht. Das könnte daran liegen, dass es dort nicht nur Menschen gibt, die versuchen, das Land zu bewirtschaften, sondern dass diese Gebiete auch unter gesetzlichem Schutz stehen. Ich sage das, weil letztendlich die Landesregierung immer noch subterrane Rechte besitzt, obwohl zum Beispiel in den meisten südamerikanischen Ländern die indigenen Gemeinschaften stärkere Rechte über ihr Land, ihre indigenen Gebiete, haben. Die Regierung kann daher immer noch Öl- oder Gasabbaukonzessionen an ausländische Unternehmen vergeben, die die Reserven unterhalb



von indigenen Gebieten abbauen; das ist ein großes Problem. In der Regel sind solche extraktiven Tätigkeiten nach den Rechtsvorschriften für Schutzgebiete nicht zulässig. Natürlich gibt es Regierungen, die Schutzgebiete herabstufen oder verkleinern, damit sie Öl- oder Gasvorkommen unter ehemals geschützten, jetzt aber nicht mehr geschützten, Flächen fördern können. Ich bin der Ansicht, dass der Schutz der biologischen Vielfalt auf jeden Fall durch Rechtsvorschriften gefördert werden kann. Es gibt aber auch Fälle, in denen der Schutzstatus über ein Gebiet verhängt wurde, das zuvor bewohnt war. Das kann ebenfalls zu Konflikten mit den Gemeinschaften führen, die dann von ihrem Land verdrängt werden. Mitunter hat das eine Beschleunigung der Abholzung zur Folge, sei es aus Vergeltung oder weil die Menschen nirgendwo mehr hingehen können und immer noch Zugang zu den Orten haben wollen, auf die sie ihrer Meinung nach ein Anrecht haben. Ich möchte schnell auf die Frage, warum diese Menschen vertrieben wurden, eingehen. Es gibt meiner Meinung nach zwei Sichtweisen. Die eine Sichtweise hat damit zu tun, dass es die Vorstellung gibt, dass Mensch und Natur getrennt sind und die Natur nur dann unberührt bleiben kann, wenn es dort keine menschlichen Gemeinschaften gibt. Es gibt aber auch menschliche Gemeinschaften, die schon lange in einem Gebiet leben, und sie wissen, wie man das Gebiet gut bewirtschaftet, sie haben sich an den Ort angepasst und respektieren ihn. Gemeinschaften, die allerdings erst vor kurzem zugezogen sind, meist aus anderen Teilen des Landes oder aus anderen Ländern, sehen das Land nicht unbedingt auf dieselbe Weise. Ihnen fehlt diese Art der ortsbezogenen Bindung, sodass das Land etwas ist, das ausgebeutet werden kann. Es gibt also zwei verschiedene Arten von menschlichen Gemeinschaften, die unterschiedlich mit dem Land umgehen, aber sie werden von den nationalen Regierungen oft gleich behandelt. Die andere Sichtweise ist ein eher geopolitischer Grund. Viele Schutzgebiete verursachen riesige Kosten und sind von den Staatsregierungen nicht gut zu kontrollieren. Damit diese Regierungen ihre territoriale Kontrolle über ihren gesamten Staat oder ihr gesamtes Land ausüben können, ziehen sie es manchmal vor, die Menschen aus diesen Schutzgebieten in Siedlungen umzusiedeln, die sie besser überwachen und kontrollie-

ren können. Es gibt also zwei Ebenen: Einerseits ist es der Glaube, dass Mensch und Natur getrennt sein sollen und dass keine Menschen in Naturgebieten leben sollten. Und dann gibt es da die eher geopolitisch, politisch heikle, Ebene. Es geht nun darum, ob das Montrealer Übereinkommen die Grundlage für Verfahren der freien vorherigen Zustimmung nach Inkennntnissetzung geschaffen hat. Ich denke, wie ich bereits erwähnt habe, dass ein sehr guter Anfang gemacht ist. Es steht jetzt ausdrücklich dort, dass FPIC gemacht werden muss, aber ich denke, dass zusätzliche Anstrengungen notwendig sind. Abgesehen von FPIC ist ein unabhängiger Beschwerdemechanismus erforderlich, damit die von Erhaltungsmaßnahmen betroffenen Parteien eine unabhängige Möglichkeit haben, sich zu beschweren oder Wiedergutmachung für Erhaltungsmaßnahmen zu bekommen. Das muss von Anfang an geschehen, d. h. wenn Projekte von nationalen Regierungen, von Partnerorganisationen oder von NGOs konzipiert werden, müssen sie direkt auf die Gemeinden zugehen und Gespräche mit ihnen aufnehmen, denn es geht immer auch um die Finanzierung durch Geber. Oft sind Konsultationen oder die Unterrichtung der Gemeinden einer der letzten Schritte, denn es ist klar, dass die Projekte durchgeführt werden, weil man das Geld dafür gesichert hat und alle Gründe für den Erfolg der Projekte dargelegt hat, bevor man überhaupt mit der Gemeinde gesprochen hat. Ich bin der Meinung, dass dies geändert werden muss. Ich glaube, meine Zeit ist abgelaufen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Sze. Nun kommen wir zu Herrn Dr. Schenck von der ZGF.

Dr. Christof Schenck (Geschäftsführer ZGF): Ich möchte noch ein paar andere Aspekte in die Menschenrechtsdiskussion mit indigenen Völkern und lokaler Bevölkerung einbringen. Das beantwortet ein wenig auch die anderen Fragen. Meiner Erkenntnis nach sind der Naturschutz und die Schutzgebiete nicht das Hauptproblem für die indigene Bevölkerung, sondern das Hauptproblem sind der Abbau von Bodenschätzen, der Straßenbau oder die große Agrar-Reform zum Beispiel in Südamerika. Naturschutzgebiete schützen Ökosysteme, von denen die ländliche Bevölkerung lebensnotwendig abhängt. Da gibt es viel engere Verbindungen, viel engere positive



Verbindungen zum Naturschutz, als im Globalen Norden diskutiert wird. Seit 30 Jahren bin ich im Globalen Süden an sehr entlegenen Orten unterwegs, und unsere Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung und den staatlichen Behörden läuft in den Schutzgebieten und um die Schutzgebiete herum außerordentlich gut. Ich glaube, dass der Schwerpunkt der Diskussion verschoben ist. Nichtsdestotrotz ist es absolut wichtig, die lokale Bevölkerung einzubinden und das weiter zu verbessern, FPIC ist wichtig. Es gibt inzwischen auch Standards für „Environmental Social Governance (ESG) Due Diligence“ und auch Agreements-Mechanismen sind allesamt wichtig. Aber die Diskussion setzt eigentlich am falschen Punkt an. Man muss verstehen, dass es in vielen Bereichen, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent eine sehr starke Zuwachsrate der Bevölkerung gibt, das Wachstum liegt bei 3 %. Es ist eine Verdoppelung alle 25 Jahre, und diese Menschen haben allesamt absolut berechnete Nöte.

Es ist die Quadratur des Kreises, wenn Sie davon ausgehen, dass mit den vorgenannten Maßnahmen natürliche Ressourcen dauerhaft geschützt werden können; das kann gar nicht funktionieren. Wenn ich ein Bauer in den Bale-Bergen Äthiopiens bin und 8 Kinder habe, dann muss ich mehr Wald roden, um Ackerbau zu betreiben; es gibt keine andere Lösung. Deswegen ist es so wichtig, dass wir Kernschutzgebiete haben, und diese müssen wir in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung etablieren; dafür gibt es außerordentlich gute Beispiele. Der Yaguas-Nationalpark in Nord-Peru wurde mit und auf Anliegen der indigenen Bevölkerung vom Staat kreiert, und inzwischen ist der Parkchef indigen und die Ranger sind indigen. Die Indigenen und die NGOs arbeiten zusammen beim Schutz dieses Parks. Ich glaube, die Diskussion mit Schwerpunkt im Globalen Norden ist falsch. Die Qualität der Verausgabung der Mittel war eine weitere Frage, und dort gibt es einen echten Verbesserungsbedarf. Das haben wir administrativ deutlich überladen. Wir haben pre-feasibility-studies (Vormachbarkeitsstudien) und feasibility-studies (Machbarkeitsstudien), und es dauert von der Projektidee ungefähr 2 bis 3 Jahre, bis man das Projekt überhaupt anfängt. Dann haben wir unglaublich umfangreiche Kriterien für die Veraus-

gabung der Mittel, also die procurement-Verfahren. Wir sind lange noch nicht auf einem digitalen Level, was Kontrollen angeht, also Auswertungen von Satellitenbildern oder so etwas, was viel schneller und viel sicherer ist; das ist eigentlich das, was wir erreichen wollen. Da glauben wir, könnte ein Land wie Deutschland wirklich schlauer sein, auch in Abstimmung und Kooperation mit dem Bundesrechnungshof, um andere, schnellere, bessere, flexiblere Instrumente zu entwickeln, was die Verausgabung und deren Kontrolle angeht. Was China angeht, das sehen wir genauso. Deren Investitionen sind nicht an Werte gebunden, für die wir und die EU stehen. Ich halte das für absolut wichtig und richtig, dass die EU, gerade Deutschland, das so tut. Da kann ich nur sagen, wir müssen die besseren Angebote machen. Wir müssen den Ländern deutlich machen, dass unsere Investitionen gut sind und wenn wir die Zivilbevölkerung in den Ländern mitnehmen und wir das gut kommunizieren, dann bin ich der Überzeugung, dass wir auch in schwierigen Ländern einen guten Weg finden können. Dann sind wir doch besser als China, weil wir eine langfristige Perspektive sehen und weil wir auch nachgiebiger sind bei den Leistungen. China koppelt seine Aktivitäten oft sehr stark an Bodenschätzen mit fatalen Auswirkungen für die Wirtschaft dieser Länder. Multilaterale Schutzgebiete sind absolut wichtig. Wir sehen das so, die Erde ist ein natürliches System, auf das man politische Systeme mit Ländergrenzen gelegt hat, und das stimmt in fast allen Bereichen überhaupt nicht mit dem natürlichen System überein. Deswegen ist der Ansatz, multilaterale Schutzgebiete zu schaffen, richtig und wichtig, und das sollten wir weiter ausbauen. Es gibt die Idee einer Amazonas-Initiative. Es gibt auch die Congo Basin Forest Partnership (CBFP), die noch nicht richtig wirksam ist. Man könnte das zum Beispiel auf Amazonien übertragen. Die großen biologischen Räume müssen wir als Integral denken und darauf hinarbeiten. Die Schaffung grenzüberschreitender Schutzgebiete sind durchaus auch friedensschaffende Maßnahmen. Fonds und Stiftungen sind absolut wichtig und richtig, und die LLF ist ein hervorragender Ansatz, der von BMZ und KfW auf die Schiene gesetzt wurde. Er hat schon über 100 Mio. private und staatliche Mittel mobilisiert, und das kann deutlich ausgebaut werden. In der COP 15 wurde



auch angedacht, einen Fonds bei der Global Environmental Facility aufzusetzen für die Umsetzung. 2030 wird dieser Fonds zur Prüfung ansetzen, den will man ausbauen, aber der muss noch gefüllt werden. Noch ist nicht klar, wie das geschehen soll, und da kann man schauen, welche Rolle Deutschland dabei spielen kann. Es ist wichtig, dass das keine Black Boxes werden, sondern Deutschland sollte dann die Kontrolle über diese Mittel haben. Wir sehen bei der Umsetzung auf der nationalen Ebene eine große Chance, indem man mit Ländern Partnerschaften eingeht und sagt, wir legen einen nationalen Fonds für die Schutzgebiete für das „30 by 30“-Ziel auf, aber haben auch ein Kontroll- und Mitspracherecht. So kann so etwas wie unter Bolsonaro mit dem Amazonas-Fonds nicht mehr geschehen, dass der dann einfach negiert und liquidiert wurde. Im Übrigen läuft er jetzt wieder unter Lula. Das wäre sicherlich ein guter Ansatz. Zu den Begriffen Serengeti, Wasser und Migration. Wasser ist eine zentrale Ressource, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, das müssen wir unbedingt berücksichtigen. Aber wir müssen auch betrachten, dass Wasserkraft keine umweltfreundliche Energie ist, es ist eine regenerative Energie. Wir alle kennen den Selous-Staudamm mit seinen dramatischen Auswirkungen. Mit Wasserkraft muss man außerordentlich vorsichtig umgehen. Es gibt über 3.000 Damm-Projekte auf der Welt, die dramatische Schäden für die Landschaft, aber auch für die Bevölkerung, zur Folge haben. Wasser ist ganz wichtig, und das muss man explizit betrachten.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Schenck. Jetzt gehen wir nach Ruanda zu Herrn Niyonsaba.

David Niyonsaba (Prime Biodiversity Conservation): Vielen Dank. Ich möchte mit den Fragen von Dr. Diaby beginnen. Zu Ihrer letzten Frage, welche konkreten Angebote oder Gegenleistungen macht Ruanda den Menschen, die von Schutzgebieten abhängig sind, oder denjenigen, die vertrieben wurden und früher von Schutzgebieten abhängig waren. Im Wesentlichen gibt es aktuell funktionierende Kompromisse: 1.) Es gibt die 11-Jahres-Teilung, d.h. 10 % des Einkommens, das im Tourismus erzielt wird, geht an die Menschen. Das gilt für die Nationalparks, damit die Menschen in der Umgebung des National-

parks das Gefühl haben, dass der Park für sie von Nutzen ist. Damit werden auch die Wilderei und andere Aktivitäten, an die die Gemeinden entlang des Parks gewöhnt sind, unterbunden. 2.) Die Menschen, die aus den Feuchtgebieten verdrängt werden, erhalten andere Grundstücke. Das sind die Menschen, die früher in den Feuchtgebieten Bewässerungslandwirtschaft betrieben haben. Sie werden aus den Feuchtgebieten umgesiedelt und haben von der Regierung andere Grundstücke erhalten, wodurch mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden, die nicht von der Nutzung der Sumpfgebiete abhängen. Das ist ein Problem, mit dem Ruanda aktuell konfrontiert ist, denn es versucht, Feuchtgebiete zu rehabilitieren und wiederherzustellen. Es geht also darum, Wege zu finden, wie die Menschen ein besseres Leben führen können und sie nicht das Gefühl haben, dass ihnen ihre Feuchtgebiete weggenommen werden, sondern dass sie Vorteile haben, wenn sie die Feuchtgebiete verlassen. Ich möchte auf die Frage eingehen, welche Erwartungen die Länder des Globalen Südens und Länder wie Ruanda an die Länder des Globalen Nordens stellen. Ich möchte diese Frage mit der Frage zu China verbinden. Deutschland hat eine gute Führungsrolle und einen guten Beitrag geleistet, indem es Ideen zur Erhaltung und Restaurierung vorangetrieben und mehr Finanzmittel bereitgestellt hat. Es ist bedauerlich, dass China bei seiner Entwicklungspolitik, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, weder die biologische Vielfalt noch den Klimawandel berücksichtigt. Wir haben vor, den deutschen Einfluss zu nutzen, um Ideen voranzutreiben und Länder wie China in solche Gespräche einzubeziehen. Ich möchte sagen, dass es für mich interessant war zu sehen, dass China auf der COP 15 vertreten war. Das zeigt zumindest, dass etwas in Gang gekommen ist. Vielleicht könnte Rechenschaft abgelegt und geschaut werden, ob es Überwachungs- und Bewertungssysteme gibt, die die in den Vereinbarungen eingegangenen Verpflichtungen bewerten. Ich würde auch sagen, dass Länder des Globalen Südens, vor allem Länder wie Ruanda, mit einem hohen Bevölkerungswachstum, Technologien erwarten. Diese können uns bei der Bewältigung des Bevölkerungswachstums und des Schutzes der Umwelt und der biologischen Vielfalt unterstützen, und hierbei verschiedenen Ansätze miteinander verbind-



den. Vor allem beim Bevölkerungswachstum neigen die Menschen dazu, nur auf wirtschaftliche Aspekte oder das Wohlergehen der Menschen zu achten und vergessen dabei die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die damit zusammenhängt. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Länder des Globalen Nordens und des Globalen Südens ihr Wissen darüber austauschen, wie Entwicklungsfragen und der Schutz der biologischen Vielfalt Hand in Hand gehen können. Eine weitere Frage war, ob ich einen Konflikt zwischen Lebensmittelversorgung und Bodenschutz in der Landwirtschaft sehe. Da würde ich sagen: „Ja“. Ich komme aus einem Land und von einem Kontinent, in dem die Bevölkerung so schnell wächst, dass wir dazu neigen, Land zu verbrauchen und zu übernutzen. Hier werden vermehrt Düngemittel und Pestizide eingesetzt, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren. Es wäre also interessant, andere Technologien und Möglichkeiten zu beobachten und zu sehen, wie man bei einem Bevölkerungswachstum Nahrungsmittel bereitstellen, und auch den Schutz und die Wiederherstellung des Landes berücksichtigen kann. Dieses große Problem sehen wir und arbeiten gemeinsam mit der ruandischen Regierung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und indigenen Gemeinschaften zusammen, um herauszufinden, ob es einen Weg gibt, wie wir Land nutzen können, um die Menschen zu ernähren, ohne das Land zu zerstören. Meine letzte Antwort bezieht sich auf die Frage nach Strategien für die deutsche Regierung. Ich würde sagen, dass jedes einzelne Projekt, das in Ruanda oder in ganz Afrika erfolgreich durchgeführt wurde, die einheimische Bevölkerung und die lokale Gemeinschaft, in der das Programm oder das Projekt durchgeführt wird, einbezogen hat. Es gab riesige und massive Aufklärungskampagnen, und wir haben eine Änderung des Lebensstils gesehen, die Menschen leben nun mit der biologischen Vielfalt. Ich glaube, meine Zeit ist um. Das sind die Antworten, die ich im Moment geben kann. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank für die Beantwortung all dieser Fragen, und das auch in der vorgegebenen Zeit; großes Kompliment nach Ruanda. Wir kommen jetzt zur zweiten Frageunde, und dafür hat jeder und jede 2 Minuten Zeit.

Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD): Frau Sze hat ein negatives Beispiel angeführt, was mich bedrückt hat. Sie hat berichtet von den Gebieten, die mit Gewalt und ohne Achtung jeglicher Menschenrechte geräumt wurden. Deshalb komme ich noch einmal auf die Frage zurück, ob es Best Practice Beispiele gibt von Organisationen und Institutionen, die Unterstützung geben. Gibt es zum Beispiel so etwas wie ein Beschwerdemanagement oder Klagemöglichkeiten in diesem Zusammenhang. Das würde mich sehr interessieren, Frau Sze.

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herr Niyonsaba. Sie haben neue Technologien angesprochen. Könnten Sie ausführen, was Sie genau meinen? Wie sehen Sie den Einsatz von genveränderten Pflanzen in diesem Zusammenhang? Die zweite Frage geht an Herrn Dr. Schenck. Gestern ist die neue Afrika-Strategie vorgestellt worden. Wenn man heute die Berichterstattung liest, ist das durchaus gemischt. Es ist zum Beispiel die Rede davon, dass klare Schwerpunkte fehlen oder es nur eine Bestandsaufnahme bestehender Initiativen und Programme ist. Gleichzeitig wird voraussichtlich zum wiederholten Male der Entwicklungsetat von dieser Bundesregierung abgesenkt. Das ist in den ganzen Jahren zuvor nicht der Fall gewesen, im Gegenteil, der ist immer angewachsen. Wo würden Sie strategische Schwerpunkte sehen, um die SDGs doch noch zu erreichen? Sie hatten davon gesprochen, dass 80 % der SDGs nicht mehr zu erreichen oder erfüllbar seien, wenn die Biodiversität nicht stärker mitgedacht werde. Wo hätten Sie in einer Afrika-Strategie einen Schwerpunkt gelegt? Danke.

Abg. Dr. Jan-Niclas Gesenhues (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Herrn Niyonsaba. Deutschland und Ruanda haben, wie ich finde, ein sehr erfolgreiches Tandem bei den VN-Verhandlungen für ein Verhandlungsmandat für ein globales Plastikabkommen zur Reduzierung des Plastik-Eintrags in die Natur abgegeben. Ich glaube, das war ein großer Erfolg. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, ob diese deutsch-ruandische Zusammenarbeit über das Thema Plastikeinträge hinaus für den Artenschutz nicht noch weitere Dinge auf



den Weg bringen könnte und sollte. Frau Sze würde ich gerne die Frage stellen, welche Rolle Landrechte beim Biodiversitätsschutz für indigene und lokale Gemeinschaften spielen? Wir haben vorhin gehört, dass es an vielen Stellen Überschneidungen gibt, dass gerade Indigene häufig die Hüterinnen und Hüter der biologischen Vielfalt sind. Gleichzeitig haben sie in vielen Ländern keine Rechte an ihrem Land, auf dem sie seit Jahrhunderten leben. Deswegen würde mich interessieren, welche Rolle Landrechte an der Stelle spielen können. Herrn Dr. Schenck würde ich gerne auch noch etwas fragen. Wir haben die Erwartung an andere Länder, bedrohte Tierarten zu schützen, also Leoparden in Namibia oder Elefanten in Simbabwe. Gleichzeitig führen wir bei uns Diskussionen um Rotwild- oder Wolfsbestände. Wie sieht es eigentlich mit unserem eigenen Vorbild-Charakter aus? Müssen wir nicht eine andere Haltung annehmen, wenn wir international glaubwürdig auftreten wollen, gerade auch in Bezug auf den Schutz von Großtieren?

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Herr Dr. Schenk und Herr Niyonsaba: Lokale Gemeinschaften profitieren oft in erheblichem Umfang von einer intakten Natur und einem gesunden Ökosystem. Prominentes Beispiel ist der individuelle Tourismus, der sich in Nationalparks und auf Safaris zeigt. Dort ist das Bewahren der Ökosysteme für das Überleben der Menschen nötig, denn ohne attraktive Natur gibt es keine Arbeit und kein Einkommen. Welche Rolle kann dabei die lokal kontrollierte Jagd spielen? Ist sie eine nachhaltige Form der Nutzung natürlicher Ressourcen? Wie wird die lokale Bevölkerung in die Verhinderung von Wilderei und illegalem Artenhandel einbezogen? Wie kann und sollte das passieren? Ecuador hat in seiner Verfassung die Natur zum Rechtssubjekt erhoben. Somit kann die Natur, ein Wald oder ein Fluss, anwaltlich vertreten durch Menschen, Klage erheben, zum Beispiel gegen Naturzerstörung. In Indien und Neuseeland werden ähnliche Ideen entworfen. Was denken Sie hierüber? Könnte das eine Möglichkeit sein, um Biodiversität zu schützen?

Abg. **Dietmar Friedhoff** (AfD): Meine Fragen gehen nach Ruanda an Herrn Niyonsaba und dann an Herrn Dr. Schenck. Sie haben von der Quadratur des Kreises gesprochen. Genau das mit der

Bevölkerungsdynamik erwähne ich immer wieder, und bis zum Jahr 2030 kommen über 500 Millionen Menschen hinzu, das sind 80 Millionen jedes Jahr. Sie haben gesagt, was sollen die Menschen anderes machen, als Bäume zu roden, um mehr Ackerbau und Viehzucht betreiben zu können. Auf der anderen Seite erleben wir, dass die Menschen, die immer mehr Teilhabe haben, einen viel höheren Konsum haben. China z.B. hat einen enormen Fleischkonsum, der bald explodiert. Wie genau kann ich diesen gordischen Knoten zerschlagen, oder wie mache ich aus der Quadratur des Kreises einen Kreis? Das Problem ist eigentlich nicht lösbar. Deswegen sind die Ziele egal, die man sich vorgenommen hat. Sie sind wirklich nicht realistisch umsetzbar, wenn wir das eigentliche Problem nicht wirklich thematisieren. Da bin ich in Ruanda und frage, wo ist die Eigenverantwortung der Länder? Wie geht Ruanda mit diesem Wissen um, dass die Bevölkerungsdynamik das Hauptproblem ist? Was tut man aktiv dafür oder dagegen im Zuge von Bildungs- und Weiterbildungssystemen? Das würde mich interessieren. Danke.

Abg. **Cornelia Möhring** (DIE LINKE.): Vielen Dank, ich habe 2 Fragen an Frau Sze. Bei der COP 15 wurden die Rechte Indigener auch insoweit gestärkt, dass sie nun autonom darüber entscheiden können bzw. müssen, ob und wie sie mit ihren Territorien zum Naturschutz beitragen wollen. Ich vermute, dass sich in dem Zusammenhang eine noch größere Bedeutung der Landrechte ergibt. Sie haben in Ihrem Statement deutlich gemacht, dass es einen rechtebasierten Ansatz braucht, um gemeinsam mit der indigenen und lokalen Bevölkerung Naturschutzprojekte umzusetzen. Da ist meiner Kenntnis nach aber viel Luft nach oben bei den meisten Ländern des Globalen Nordens. Gibt es nach Ihrem Kenntnisstand Länder, die da schon besonders weit sind und diese Ansprüche umsetzen und gut mit der lokalen und der indigenen Bevölkerung bei der Errichtung von Naturschutzgebieten zusammenarbeiten?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen nun letztmalig zu unseren 3 SV, und Sie haben Sie jeweils 3 Minuten Zeit für Ihre Antworten. Das ist knapp, aber wir probieren es trotzdem. Wir fangen dieses Mal



in Ruanda mit Herrn David Niyonsaba an; Sie haben das Wort.

David Niyonsaba (Prime Biodiversity Conservation): Vielen Dank. Es waren viele Fragen, aber ich werde versuchen, auf jede Frage einzugehen. Die erste Frage: Ich habe neue Technologien erwähnt, die der Globale Norden mit dem Globalen Süden teilen kann. Was man speziell in Bezug auf Ruanda oder Afrika empfehlen kann, hängt sehr von der jeweiligen Landwirtschaft ab. Heute erkennen wir, dass der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden zur Produktionssteigerung nicht gut für die Biodiversität war. Ich meine also Technologien, die die Produktivität steigern, aber auch gut zum Boden passen und gemeinsam genutzt werden können. Am wichtigsten ist meiner Meinung nach die Frage, wie Afrika seine Nahrungsmittelversorgung und Produktivität steigern kann, ohne die biologische Vielfalt zu beeinträchtigen. In Ruanda trägt die Landwirtschaft am meisten zu den Emissionen bei und die meisten Probleme, mit denen wir heute in Bezug auf die Biodiversität konfrontiert sind, hängen mit der Landwirtschaft zusammen. Ich komme nun zu meiner Meinung über gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Ich persönlich unterstütze sie auf keinen Fall und spreche in meinem eigenen Namen. Auf der COP 15 wurde viel über GVOs diskutiert. Ich bin der Meinung, dass wir andere Alternativen finden sollten, die die GVOs ersetzen können. Ich komme nun zu der Frage nach der Verwendung von Kunststoff; das war eine gute Frage. Ruanda und Deutschland haben eine hervorragende Beziehung, und es hat sich gezeigt, dass das Konzept funktioniert. Die Bekämpfung der Plastikverschmutzung war ein großer Erfolg, und ich würde sagen, dass Ruanda zu 90 % kunststofffrei ist. Ich bin sicher, dass es noch andere Bereiche gibt, in denen wir unsere Führungsrolle bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt unter Beweis stellen können. Sie sprachen über den gemeinschaftlichen Nutzen von Tourismus. Ich stimme mit Ihnen überein, dass der Tourismus nur dann erfolgreich sein kann, wenn er von der Gemeinschaft getragen wird. In Bezug auf den Anstieg des Konsumverhaltens müssen wir alle, in Afrika, China und auch Deutschland, noch einen weiten Weg zurücklegen, damit die Menschen davon überzeugt werden, dass wir unseren Konsum reduzieren müs-

sen. Ich glaube, meine Zeit ist um. Ich danke Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, hier teilzunehmen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Niyonsaba für Ihre Ausführungen. Nun kommen wir zu Herrn Dr. Christof Schenck.

Dr. Christof Schenck (Geschäftsführer ZGF): Vielen Dank. Es war nach den Schwerpunkten der Afrikastrategie gefragt worden. Jetzt haben wir den Rahmen mit den Ergebnissen von Montreal, und daran muss sich alles orientieren. Hier muss ein Mainstreaming stattfinden, im BMZ und natürlich auch im BMUV; die müssen sehr eng zusammenarbeiten und alle Maßnahmen daraufhin überprüfen. Biodiversität war bisher nicht vorhanden, sie war zu einem Nischendasein verbannt; jetzt muss es in Führungsposition gehen in der EZ. Das ist die klare Aussage aus Montreal, und das ist der Arbeitsauftrag an die Regierung. Dazu gehören natürlich auch andere ganz wichtige Aspekte. Wir haben über Bevölkerungswachstum gesprochen. Da möchte ich nochmal betonen, dass diese Menschen einen sehr geringen ökologischen Fußabdruck haben, im Vergleich zu uns. Das löst nicht die Weltprobleme, wenn man das Bevölkerungswachstum nach unten bekommt. Die Rezepte dafür sind ganz klar: Die Bildung und Stärkung der Frauen und die Armutsbekämpfung führt überall auf der Welt zu einer Reduktion des Bevölkerungswachstums. Deswegen müssen wir in diese Bereiche investieren. Dann müssen wir vielleicht umdenken und stärker in die abgelegenen ländlichen Regionen investieren, dorthin, wo die Schutzgebiete sind, denn die Menschen profitieren dort bisher wenig. Die profitieren auch kaum von der staatlichen Förderung. Aber wenn sie das tun, dann kann ich Ihnen garantieren, dass sie dann auch keine Wilderer mehr sind. Menschen wollen nicht illegal arbeiten, die wollen ein sicheres Einkommen haben. Deswegen müssen wir Jobs schaffen, und brauchen eine grundsätzliche Reform im Tourismus, auf die übrigens Deutschland hinwirken kann. Der Tourismus ist bislang nicht nachhaltig aufgestellt, er nimmt keine lokalen Arbeitskräfte auf. Da ist aber ein Riesenspotenzial für die Menschen. Wenn Menschen im Umfeld der Schutzgebiete profitieren, indem sie Arbeit bekommen, dann finanziert diese Person un-



gefähr 6 bis 8 Familienmitglieder mit. Da sehen Sie, wo die Lösungen liegen. Zur Jagd gab es eine Frage. Da müssen Sie sich den Gradienten anschaut, die Entwicklung und wo wir die Biodiversität verlieren. Wir haben die urbanen Räume als starken überprägten Raum, und dann geht es runter bis zu den Kernschutzgebieten und kurz vor den Kernschutzgebieten stehen die Jagdgebiete, wo es eine selektive Nutzung gibt. Das heißt, man kann damit Biodiversität erhalten, aber auch da braucht es eine grundsätzliche Reform. Der Jagd-Sektor ist sehr korrupt und in vielen Bereichen sehr problematisch. Die Bevölkerung profitiert wenig davon, da brauchen wir eine deutliche Verbesserung. Auf die Rechte der Natur will ich jetzt nicht weiter eingehen, ich bin kein Rechtswissenschaftler, aber das ist auf jeden Fall ein interessanter Aspekt, den man weiter verfolgen sollte. Bildung und Jobs, das sind wichtige Punkte für die Zukunft.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Dr. Schenck, für Ihre Anmerkungen. Jetzt gehen wir noch einmal nach Großbritannien zu Frau Jocelyne S Sze, und auch Sie werden die Fragen in 3 Minuten beantworten.

Jocelyne S Sze (PhD Researcher): Ich danke Ihnen. Ich beginne mit einigen bewährten Verfahren und beispielhaften Ländern, denen es gelungen ist, mehr Schutzgebiete einzurichten und gleichzeitig die Rechte der indigenen Bevölkerung zu respektieren. Ich denke, das sind vor allem Australien und Kanada, wo die nationalen Behörden bei der Einrichtung indigener Schutzgebiete tatsächlich mit den Gemeinden, den indigenen Völkern, zusammenarbeiten, und vielleicht auch noch Brasilien, wo es vor Bolsonaro einen ziemlich starken rechtlichen Schutz für indigene Völker und ihre Gebiete gab. Was unter der neuen Regierung geschieht, das bleibt abzuwarten. Ein Punkt ist, dass die Kürzungen der Mittel für das brasilianische Ministerium für indigene Völker sehr negative Auswirkungen auf den Schutz indigener Gebiete in Brasilien hatten. In vielen Ländern Afrikas und Asiens werden indigene Völker und auch ihre Anrechte auf Land nicht anerkannt, was es sehr schwierig macht, ihnen sicheren Landbesitz zu gewähren. Es gibt auch Maßnahmen von Regierungen, die die Rechte der Gemeinschaften stärker respektieren

könnten, wie die kommunale Forstwirtschaft, die Gesetze für kommunales Land oder die kommunale Forstwirtschaft ermöglichen kann. Dies kann vielleicht auch bei den Problemen beim Bevölkerungswachstum helfen. Wenn man einer Gemeinschaft Land schenkt und sagt: „Das gehört euch, ihr müsst euch darum kümmern, weil ihr euer Brennholz und euer tierisches Eiweiß daraus gewinnt.“, dann gibt das den Menschen einen Anreiz, es nachhaltiger zu bewirtschaften. Wir sind daher der Meinung, dass diese Art der kommunalen Bewirtschaftung oder eine stärkere Dezentralisierung der Forstbehörden ein guter Weg ist, um voranzukommen. Eine weitere Möglichkeit wäre die gemeinsame Verwaltung von Schutzgebieten. Dies kann sowohl für bereits geschaffene, als auch für künftige Schutzgebiete geschehen. So wurde zum Beispiel der Kayan-Mentarang-Nationalpark in Kalimantan in Indonesien als erster in eine gemeinsame Verwaltung mit den indigenen Völkern übergeben. Dies geschah, damit Gewohnheitsrecht und -praktiken erhalten bleiben und die Ernte von Materialien weiterhin genutzt und respektiert werden. Dazu wurden Gesetzesänderungen vorgenommen, die dieses Arrangement ermöglichen. Aber dann fehlte es an der Finanzierung. Hier gibt es also eine Menge Probleme mit der fehlenden Finanzierung und der Bereitstellung direkter Mittel für die Gemeinden, beispielsweise durch Stiftungen. Es könnte weniger bürokratisch und zugänglicher für diese kleinen Gemeinden sein, die versuchen, einen Zuschuss von der Globalen Umweltfazilität oder ähnlichen Organisationen zu beantragen. Eine andere Sache ist, dass der Naturschutz in der Verfassung verankert ist. Ich halte das für eine gute Sache, aber ein Problem ist, dass die Umweltschützer, die gegen die Bergbauindustrie kämpfen und die Rechte ihrer Gemeinden schützen, oft kriminalisiert und angegriffen werden. Dies ist etwas, das angesprochen werden muss. Das ist alles, vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank, Frau Sze. Damit kommen wir zum Ende unserer Anhörung. Ich möchte mich herzlich bedanken bei unseren Expertinnen und Experten, die engagiert und profund Rede und Antwort gestanden haben. Es ist Ihnen gelungen, auf die vielen Fragen in kurzer Zeit gute Antworten zu geben. Ich möchte mich auch bedanken bei den Dolmet-



schern für ihre hervorragende Übersetzungsarbeit und bei den Zuschauerinnen und Zuschauern für ihr Interesse an diesem entwicklungspolitisch brisanten Thema. Es sind heute eine Menge neuer Ideen vorgetragen worden. Die Zielkonflikte bleiben, was wir am Ende noch einmal gesehen haben. Wasserkraft ist einerseits Segen und andererseits Fluch, Tourismus ist einerseits Segen und andererseits Flucht. Es gibt sicherlich viel Optimierungsbedarf, und das wollen wir in die EZ hineinnehmen und diese Ideen werden für unseren Ausschuss befruchtend sein. Ich möchte noch den Hinweis geben, dass diese Anhörung auch als Wortprotokoll verfügbar und auf der Homepage nachzulesen sein wird. Da kann man alles noch einmal in Ruhe nachlesen und überdenken. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen und unseren Expertinnen und Experten eine erfolgreiche Woche, viel Erfolg für Ihre Arbeit und alles Gute. Damit ist die Anhörung beendet.

Ende der Sitzung: 12:56 Uhr



Dr. Christoph Hoffmann, MdB
Amtierender Vorsitzender